

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23.

Dienstag, den 28. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Wahlrechtsdebatten im Reichstag.

II.

Von den Konservativen war im vornherein nicht zu verlangen, daß sie zu Fürsprechern eines freien und gerechten Wahlrechts werden würden. Und mit demselben Eifer, mit dem konservative Redner schon im konstituierenden Reichstag die Wahlrechtsvor schläge Bismarcks bekämpften und namentlich indirekte Wahlen forderten, wendeten sich konservative Abgeordnete auch stets gegen eine Verbesserung der einzelstaatlichen Wahlrechte. Es ging nicht eine Beratung von Wahlrechts-Anträgen, Interpellationen oder Resolutionen im Reichstag vorüber, die Vertreter der Konservativen nicht Gelegenheit bot, die tiefstehende Abneigung der Konservativen gegen ein freies Wahlrecht mit allem Nachdruck zu bekunden. Die Stellung der Konservativen zu den immer wieder auftauchenden Wahlrechtsfragen war demnach stets klar.

Anders aber war es mit dem Verhalten des Zentrums. Nach außen hin will das Zentrum — mit Rücksicht auf seine zahlreichen Arbeiterwähler — demokratisch erscheinen. Dazu gehört dann auch eine gewisse Freundschaft für ein den Wünschen der unteren Volksklassen entsprechendes Wahlrecht. Doch diese gezwungene Sympathie für wirkliche Volksrechte wird beim Zentrum durch den innerlich reaktionären und durchaus undemokratischen Charakter der Führer dieser Partei immer wieder übertrumpft. Das zeigt sich trotz aller jesuitisch, diplomatisch und sophistisch sein abgeschliffenen Parlamentskunststücke der Zentrumsführer doch recht deutlich, wenn man auf die Wahlrechtsdebatten im Reichstag zurückkommt. So war es der Abgeordnete Mallinckrodt, der bei den Debatten, die am 23. Oktober 1867 im Norddeutschen Reichstag durch die Aufrollung der Mecklenburger Wahlrechtsfrage geführt wurden, zuerst den Kompetenzinwand erhob und damit der Regierung für die spätere Zeit eine billige Ausrede, mit der die Bundesratsmitglieder dann auch immer diesen Fragen auswichen, an die Hand gab. Windthorst nahm in derselben Sitzung diesen „Gedanken“ auf und spann den Faden unermüdlich bei allen sich wiederholenden Debatten über diese Frage weiter. Das Zentrum ließ sich in diesem selbstbetrügerischen Tun auch nicht im geringsten dadurch stören, daß von hervorragenden Autoritäten, unter denen sich auch Treitschke befand, der Kompetenzinwand als völlig unberechtigt erhoben nachgewiesen wurde. Selbst die Reichsregierung machte diesen Einwand zuerst gar nicht einmal geltend, und auch Bismarck lehnte die Befugnis des Reiches, in dieser Beziehung in die Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten eingreifen zu können, durchaus nicht ab. Er ging vielmehr der Erörterung dieser Frage in der Reichstagsitzung vom 5. Mai 1869 hewußt aus dem Wege und beschränkte sich darauf, auf die staatsmännische Einsicht des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin zu hoffen, aus der heraus sich schon eine Besserung der „nicht homogenen“ Verfassungszustände in Mecklenburg ergeben würde. Das Zentrum blieb bei seiner Ansicht, und auf Windthorst folgten Lieber, Spahn und Groeber, die alle denselben ablehnenden Standpunkt einnahmen. So versteckte das Zentrum unter formale Bedenken seine innere Abneigung gegen ein freies Wahlrecht und erlangte mit dieser Komödie die Möglichkeit, sich immer für einen Freund und Verteidiger eines freien Wahlrechts auszugeben und doch immer gegen jede Verbesserung noch so trostloser Volksvertretungsformen zu stimmen. Windthorst trieb diese Komödie sogar so weit, daß er am 3. Dezember 1874 im Reichstag für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht in Preußen eintrat, aber doch gegen den lauen Antrag Büsing redete und stimmte. Worin folgte also damals dieser Zentrumsführer dem Zuge seines Herzens? Zweifellos dadurch, daß er gegen den nationalliberalen Antrag stimmte und für eine Verbesserung des preussischen Wahlrechts sprach. Denn Windthorst war seit je ein Feind eines freien und geheimen Wahlrechts gewesen. Als am 28. März 1867 im konstituierenden Reichstag das Reichstagswahlrecht erörtert wurde, da sagte Windthorst mit aller Deutlichkeit und ohne jede Einschränkung: „Ich für meinen Teil bin entschieden für die öffentliche Stimmabgabe“. Diese innere Feindschaft gegen das Wahlrecht blieb aber nicht Windthorst allein eigen, sie wurde zum Allgemeingut der Zentrumsführerschaft. Beweis dafür ist nicht allein das Verhalten des Zentrums bei der Erörterung von Wahlrechtsfragen im Reichstag, sondern auch im preussischen Abgeordnetenhaus wühlte das Zentrum jede Verbesserung des Wahlrechts zu vereiteln.

Und ein ebenso unsicherer Kantontist, wie es das Zentrum ist, ist der Nationalliberalismus durchaus unzuverlässig als Verfechter für ein den Forderungen der Zeit wirklich entsprechendes Wahlrecht. Man könnte dem entgegenhalten, daß die geheime Wahl für den Reichstag ja nur einer liberalen Forderung und Anregung zu danken ist. Das stimmt, aber es darf nicht vergessen werden, daß die Liberalen jener Zeit die geheime Abstimmung nur deswegen dringend forderten, weil sie damals diejenigen waren, die unter dem von der öffentlichen Wahl am meisten geförderten Wahlterrorismus der Konservativen ebenfalls zu leiden hatten. Die Furcht, daß es bei den Reichstagswahlen so werden könnte wie bei den preussischen Landtagswahlen, klang deutlich aus den damaligen Reden der Liberalen heraus. Aber, wird man sagen, wie kommen dann die Nationalliberalen dazu, immer wieder Anträge à la Büsing einzubringen? Auch das wird verständlich, wenn man sich den Antrag Büsing näher ansieht. Er forderte eine aus Wahlen hervorgegangene Volksvertretung. Das besagt gar nichts, denn auch das preussische Abgeordnetenhaus, der Räteburger Landtag und ähnliche „Volksvertretungen“ gehen aus „Wahlen“ hervor. Es kommt nicht darauf an, daß die Volksvertretung nur gewählt wird, sondern daß sie auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts entsteht. Aber daran dachten die Liberalen niemals. Sie kümmerten sich weder um das Wahlrecht in Preußen, noch um das in Sachsen, Hamburg, Lübeck und in anderen Bundesstaaten. Nur Mecklenburg lag ihnen am Herzen. Und da wären die Nationalliberalen, die ja heute noch gegen ein gleiches Wahlrecht für Preußen sind, zufrieden gewesen, wenn Mecklenburg mit einer „Volksvertretung“ nach dem mecklenburgischen Regierungsrezept von 1874 oder 1911 „beglückt“ worden wäre, und so eine Vertretung bekommen hätte, die noch wider sinniger und verzerrter gewesen wäre als die preussische „Volksvertretung“. Doch selbst mit ihrem Antrag Büsing war es den Nationalliberalen gar nicht ernst. Dreimal wurde dieser Gesetzentwurf vom Reichstag mit erheblicher Mehrheit angenommen, aber nicht ein einziges Mal versuchte diese Mehrheit, ihren Willen bei der Reichsregierung ernstlich durchzusetzen! Später begnügten sich die Nationalliberalen damit, bescheiden nach dem Verbleib ihres Beschlusses nachzufragen. Dann kam gelegentlich ein Vertreter des Reichskanzlers, der fuhr den neugierig Bescheideneren rücksichtslos übers Maul und die Nationalliberalen blieben wieder für Jahre hinaus noch bescheidener. Bis dann auch Bassermann sich zu der Meinung „durchgerungen“ hatte, daß das Reich und der Reichstag gar kein Recht hätten, in solche Fragen der einzelstaatlichen Gesetzgebung, d. h. der Gestaltung des staatlichen Wahlrechts, hineinzureden. In der Sitzung vom 7. Februar 1906 und vom 22. Januar 1908 bekannte sich Bassermann ausdrücklich zu dieser Ansicht und dokumentierte damit den vollständigen Wandel der Nationalliberalen auch in dieser Frage. Der Antrag Büsing verschwand dann auch von dem parlamentarischen Wunschzettel der Nationalliberalen und tauchte 1907 als Antrag des freisinnigen Reichsgrafen Bothmer wieder auf, von dem er dann in das dauernde Eigentum der Fortschrittspartei überging.

Besonders stolz können die Fortschrittler auf diese Erwerbung wahrhaftig nicht sein, denn auch für sie bedeutet die Uebernahme dieser nationalliberalen Erbschaft einen Rückschritt. Für diesen Antrag Büsing, der jetzt als Drucksache 103 die fortschrittlich-nationalliberale Firma trägt, gaben die Fortschrittler den Antrag Ander vom Jahre 1895 preis. Damals forderten sie noch die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten, heute sind sie zufrieden, wenn die Einzelstaaten nach einem noch schlechteren „Wahlrecht“ zusammengesetzt werden, als es das preussische ist. Aber auch diese Wandlung der Fortschrittler wird verständlich, wenn man sieht, wie der „Freisinn“ das preussische Dreiklassenwahlrecht in den Gemeinden aufrecht erhält, wenn, wie jetzt in Reuß j. L., „Freisinnige“ offen für die Verschlechterung des Wahlrechts eintreten, und wenn die preussischen Freisinnigen bei den bevorstehenden Landtagswahlen lieber mit den unsicheren Nationalliberalen als mit der Sozialdemokratie Hand in Hand gehen.

Und vor dieser Sorte Wahlrechtstämpfer sollte die Regierung Respekt haben, sollten Bismarck und seine Amtsnachfolger sich verpflichtet fühlen, auf die Einzelstaaten einen Druck dahingehend auszuüben, den Volksvertretungen derselben ein Wahlrecht zugrunde zu legen, vor dem sich die liberalen und fortschrittlichen Mannesleuten selbst am meisten fürchteten? Man braucht namentlich die Nachfolger Bismarcks wahrhaftig nicht zu überschätzen in ihrer staatsmännischen Einsicht und Menschenkenntnis. Aber das wußten sie doch, daß auch

sie dem „Liberalismus“ alles bieten konnten. War Bismarck 1869 bei der ersten Beratung des Antrages Büsing noch reserviert entgegengekommen, so wurde mit der Zeit der Ton der Bundesratsvertreter immer anmaßender, bis er am 22. Januar 1908 zu den parlamentarischen Schnodderigkeiten Büsows ausartete. Im übrigen piffte die Reichsregierung auf alle diese Wünsche des Reichstags, und verschiedene Bundesstaaten eiferten ihr nach. So kamen unter anderem auch in Sachsen und Hamburg die Wahlrechtsverschlechterungen. Reuß j. L. folgte, und in Schwarzburg-Rudolstadt beherrschte derselbe Geist die Regierung.

Auf der anderen Seite aber ertönt bei der Arbeiter schaft immer lauter und energischer der Ruf nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Preußen und die anderen Bundesstaaten.

In einer solchen Zeit muß die Beratung des sozialdemokratischen Antrages im Reichstag um so größere Bedeutung gewinnen. Denn deutlich werden die Stellungen der Parteien zum Wahlrecht sich markieren müssen. Und dabei wird es sich nicht nur um das Wahlrecht für die einzelstaatlichen Volksvertretungen allein handeln, sondern um das Wahlrecht schlechthin. Denn auf die Parteien, die nicht rückhaltlos für ein allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht im Staate sind, wird auch kein ernster Verlaß sein, wenn es einmal gelte sollte, das jetzige Reichstagswahlrecht zu schütten.

So wird der sozialdemokratische Antrag zu einem Prüfstein werden, an dem deutlich die Volksfeindschaft und Volksfreundschaft der Parteien erkennbar sein werden.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Vater Staat und seine Arbeiter.

In seinen „obersten Vorgesetzten“, den Minister für öffentliche Arbeiten richtet ein mittelschleisscher Bahnarbeiter einen offenen Brief, um dessen Verantwortung während der bevorstehenden Beratung des Eisenbahnetats er bittet. Der Mann gibt an, daß sein Lohn im Jahre 1912 im ganzen 753,03 Mark betragen habe, wovon er für Miete 121,20 Mk., für Steuern 2,24 Mk. verwendete. Es blieben ihm für die Befriedigung aller anderen Bedürfnisse 629,59 Mk. oder für jeden der 365 Tage des Jahres

1,72 Mark.

Der Briefschreiber ist das Oberhaupt einer sechsköpfigen Familie und rechnet nun dem Minister vor, daß sein jährliches Einkommen wie folgt drauf gegangen ist:

Brot (täglich für 6 Personen) . . . . .	50 Pfg.
Butter . . . . .	20 „
Mittagessen . . . . .	60 „
Kohlen . . . . .	6 „
Kaffee . . . . .	4 „
Milch (für zwei kleine Kinder . . . . .	24 „
Zucker . . . . .	8 „

Das macht täglich . . . . . 1,72 Mk.

Von den Ausgaben für Brot und Mittagessen wurde an einigen Tagen das Geld für Salz, Pfeffer, Essig, Seife, Licht und Petroleum abgespart und nun fragt der Eisenbahner:

„Ich erlaube mir nun an Se. Excellenz die ergebene Anfrage, ob er mir vielleicht angeben kann, an welchen obigen Ausgaben ich sparen könnte, um die notwendigsten Bedürfnisse für Kleidung, Schuhe, Hausgeräte, Medizin und ein Paar Pfennige Taschengeld für mich zu bestreiten. Am Fleisch — das ja auch bei dem Herrn Landwirtschaftsminister nur dreimal wöchentlich auf den Tisch kommt — kann ich nichts abstreichen, denn dafür bleibt — Mittagessen 60 Pfg. für 6 Personen! — sowieso fast nie etwas übrig.“

Da zwei der Kinder noch sehr klein sind, seine Frau mithin nicht erwerbstätig sein kann, möchte der im übrigen patriotische Arbeiter gern wissen, wie er bei seinem Lohne ehrlich und ohne Schulden bleiben kann!

Ob der Minister dem Manne Auskunft geben kann? Der Überschuß seines Etats beträgt bekanntlich 452 Millionen Mark!

100 Millionen für den Militarismus.

Auf dem Umwege über klerikale Blätter werden jetzt schon Einzelheiten über die noch vor einigen Tagen geleugnete neue Heeresvorlage bekannt. Sowohl die „Germania“ wie auch schleissche Zentrumsblätter versichern, daß sie in der Lage seien, die offiziöse Ankündigung der „Nordd. Allg. Ztg.“ durch eigene Informationen wie folgt zu ergänzen:

„Im Kriegsministerium wird zurzeit neben der bereits vor längerer Zeit angekündigten Luftflottenvorlage eine größere Heeresvorlage ausgearbeitet. Es werden für diesen Zweck reichlich 70 Millionen jährlich e Mehrforderungen gemacht, dazu kommen für die Luftflotte zirka 18 Millionen Mark und außerdem noch etwa 10 Millionen Mark für kleinere Anforderungen. Die gesamten Mehrforderungen betragen sich demnach auf rund 100 Millionen Mark jährlich. Voraussichtlich wird der jetzige Kriegsminister die Mehrforderungen nicht mehr vertreten, sondern sein Nachfolger. Wer als solcher in Frage kommt, dürfte noch nicht entschieden sein. Genannt werden, wie erinnerlich, die Generale v. Gallwitz und Sirt v. Arnim. Überhaupt dürften noch weitere Änderungen in den Reichsämtern zu erwarten sein. Neben dem Rücktritt des Kriegsministers von Heeringen wird bereits jetzt ernstlich mit dem Rücktritt des Reichsfinanzsekretärs Kühn zu rechnen sein.“

Die Angaben der Zentrumsblätter werden nach verschiedenen Seiten hin bestätigt. Um das Letzte voraus zu nehmen, so steht fest, daß Schlagssekretär Kühn amtsmüde ist. Der Gang, den die Verhandlungen über das Petroleummonopol nehmen, die drohenden schweren Kämpfe um die Besitztümer haben ihm die Luft genommen, weiterhin auf seinem Posten zu bleiben. Wie er Parlamentariern erklärt hat, fühlt er sich körperlich nicht mehr rüstig genug, diese Kämpfe durchzuführen. Er habe dem Reichskanzler seinen Wunsch, in der nächsten Zeit von seinem Posten zu scheiden, schon bekannt gegeben.

Auch die Mitteilungen über die Heeresforderungen finden wenigstens insoweit Bestätigung, als die Ausgaben für die Luftflotten in Frage kommen. Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet im amtlichen Auftrag die Mitteilung, daß das Kriegsministerium mit der Mannheimer Firma Schütte-Lanz einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach sich die Firma verpflichtet, dem Auslande keine Luftschiffe zu liefern. Das Kriegsministerium übernimmt dafür die Verpflichtung, den Betrieb der Firma ausreißend zu beschleunigen. Ein großes Luftschiff von 24 000 Kubikmeter Inhalt ist schon in Bestellung gegeben. Die Firma rechnet mit so erheblichen Bestellungen der Regierung, daß sie ihre Bauanlagen vergrößert.

Nach ehe der Reichstag Gelegenheit hatte, diese neue 100-Millionen-Vorlage kennen zu lernen, verfügt die Regierung anscheinend bereits über die noch nicht bewilligten Gelder. Das liegt im ganzen militärischen System, es spielt dabei keine Rolle, ob der Kriegsminister v. Heeringen, v. Gallwitz oder Sirt v. Arnim heißt.

### Zentrum und Militärvorlage.

Die antibachemische „Kölnische Korrespondenz“ schildert in ihrer Ausgabe vom 27. Januar den Unfall des Zentrums gegenüber der kommenden Wehrvorlage als Komödie in vier Akten. Im ersten Akt wird die Vorlage mit Entrüstung abgelehnt; es bestehe kein vernünftiger Grund zur Vermehrung unserer Streitkräfte. So mache es jetzt wieder die Erzberger-Korrespondenz. Im zweiten Akt läßt das Zentrum sich herbei, „über den Nutzen oder gar die Notwendigkeit der neuen Militärvorlage zu diskutieren“; vorher aber fordert es die Regelung der Deckungsfrage. Im dritten Akt erkennt das Zentrum „unleugbare Gefahr fürs Vaterland“. Zur Erlangung der Deckungsmittel fordert es Heranziehung der oberen Hunderttausend. Der Schlusssatz sei die Annahme des Gesetzes mit belanglosen Abstrichen. Um einen „Niederzug der Großindustrie und des Großhandels“ zu verhindern, müsse der kleine Mann bluten, der „die paar Pfennige Mehrausgabe für Tabak und Zündhölzer nicht fühle“.

Viele ganze Komödie sei eine abgekürzte Sache. Die „Kölnische Korrespondenz“ schließt ihre Betrachtungen wie folgt:

„Sobald die Regierung eine Militär- oder Flottenvorlage ausgearbeitet hat, legen sich ihre Vertreter mit den Führern der ausschlaggebenden bürgerlichen Parteien ins Benehmen, und gewisse Herren vom Zentrum, die einer Zukunft entgegenblicken, sind zu den intimen Verhandlungen immer gern bereit. Oft findet die Aussprache nach echter diplomatischer Sitte im vertrauten und amüsierten Kreise eines Coupers statt. Da wird nun alles abgemacht, und wenn die Herren am späten Abend wieder in ihre Automobile steigen, dann hat der Herr Reichskanzler die Bewilligung schon so gut wie in der Tasche. Jetzt können die „Kölnische Volkszeitung“ und Herr Erzberger mit den kleinen Trabanten hübsch ihren Entzündungstrümmel aufhören, und es schadet auch nichts, wenn der eine oder andere Parlamentarier im Reichstage vor leeren Bänken eine Oppositionsrede hält — die Sache ist ja längst gedeckelt und die Wissenden lachen sich ins Fasschen.“

### Zuckerbrot zum Abschied.

Die „Berliner Volkszeitung“ will erfahren haben, daß hinter der neuen Militärvorlage der Generalfeldmarschall steht, der sich dabei in einem gewissen Gegenlag zum Kriegsminister befindet. Herr v. Heeringen, der sich noch des Vertrauens des Kaisers erfreut, werde in einer für ihn höchst ehrenvollen Weise von seinem Posten entlassen werden; außerdem soll er eine Armeereise erhalten.

### Die Kosten der neuen Militärvorlage.

Der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ schreibt seinem Blatte zu der Meldung der „Germania“, daß die Militärvorlage 100 Millionen Mark kosten soll: „Nach dem, was wir über die Vorbereitung dieser Vorlage gehört haben, glauben wir nicht, daß die Endsumme der Kosten schon definitiv feststeht, vermutlich aber, daß sie mit 100 Millionen nicht zu gering eingeschätzt wird. Es scheint eine recht umfassende Vorlage zu sein.“

### Der Religionszwang der Dissidentenkinder in Preußen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der national-liberale Abg. Schiffer einen Gegenentwurf eingebracht, der es für die Zukunft ausdrückt, daß ein Dissidentenkinder ein Zwang zur Teilnahme an konfessionellen Religionsunterricht in den Schulen ausgesetzt werde. Dieser Antrag begründet die Unterrichtscommission des Reichstages. Von den liberalen Mitgliedern wurde

darauf hingewiesen, daß dieser Antrag von Rechtswegen überflüssig sein müßte, weil eine rechtliche Grundlage für den Religionszwang gegen Dissidentenkinder nicht besteht. Indessen sei durch einige mißverständliche Urteile des Kammergerichts eine maßgebende Auslegung des allgemeinen Landrechts notwendig geworden, die eben der Antrag Schiffer geben wolle. Die Regierung verhielt sich ablehnend gegen den Antrag und sie erklärte, daß das allgemeine Landrecht, wenn es von der Freiheit des Religionsunterrichts spreche, nur solche Religion meine, die den Glauben an einen persönlichen Gott zur Grundlage habe!

Die Beratung in der Kommission wird demnächst fortgesetzt werden, aber schon hiernach kann man sagen, daß die Aussichten auf Beseitigung dieses unmoralischen Zwanges nicht allzu günstig sind.

### Der Jaunschauer kandidiert nicht in Zerichow.

Konservative und Bund der Landwirte haben im Reichstagswahlkreise Zerichow den Rittergutsbesitzer Scheele-Scholena als Kandidaten aufgestellt; sie rechnen bestimmt damit, daß die Wahl des Genossen Haupt für ungünstig erklärt wird.

### Reform der Zeugengebühren.

Dem Reichstag wird noch in dieser Session ein Gesetzentwurf zugehen, der die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige nach neuen Grundätzen regelt. Die Gewährung von Tagelohnern für Schöffen und Geschworene soll dagegen zurückgestellt werden, weil die einzelnen Bundesstaaten Bedenken finanzieller Art haben.

### Die Petroleuminteressenten an der Arbeit.

Von „besonderer Seite“ wird der freikonservativen „Post“ geschrieben:

„Es tritt immer klarer zutage, daß mit dem Monopol eine bestimmte Bankgruppe eine Art von Salvoierung aus einer schwer gefährdeten, viele Millionen betragenden Kapitalanlage erhofft. Die gesamten Vorarbeiten haben in der Hand des Direktors v. Swinner von der Deutschen Bank und des Generaldirektors Strauß von der Deutschen Petroleum-A.-G. geruht, der zum Leiter der von Reichswegen zu gründenden Vertriebsgesellschaft bestimmt war. Wie hoch Arthur v. Swinner den Einfluß seines Konsortiums auf diese Vertriebsgesellschaft einschätzte, beweist eine dem Reichstagsausschuß für die Beratung des Petroleummonopols überreichte, keineswegs vertrauliche Äußerung, die er vor fünf Monaten im Hinblick auf die geplanten Namensaktien getan hat, durch die man im Reichstagsamt glaubte; die alleinige Führung und Kontrolle der Deutschen Bank auszuscheiden. Herr v. Swinner jagte im August 1912:

„Die Deutsche Bank kann nicht nur gackern, sie kann auch Eier legen. Wenn sie in dem Petroleum-Konsortium die Führung hat, so hat sie auch dauernd den allein bestimmenden Einfluß auf die Geschäfte!“

Daß dieser geschäftliche Einfluß in erster Linie sich auf die Preisfrage für die Swinner-Lieferungen erstreckt haben würde, ist den Ausschußmitgliedern an der Hand der Begründung des Monopolentwurfes trotz Verhöhnungsversuchen aller Art jetzt nachdrücklich klar geworden. In der Umwandlung aber der Petroleumnovelle des Reichstagsamtes in ein reines Staatsmonopol oder in ein staatlich überwachtes Kartell, wie sie in der Volksversammlung des Reichstages und im Ausschusse vorgeschlagen wurde, hat die Deutsche Bank anscheinend keinerlei Interesse. Eine Swinnerische Erklärung hierzu lautet:

„Ein Staatsmonopol macht die Bank ebensowenig mit wie wesentliche Änderungen an dem vorliegenden Gesetzentwurf. Das Monopolgesetz kommt zustande, wie es vorliegt, oder es wird kein Petroleummonopol geben!“

Also es gibt kein Reichspetroleummonopol, da es die Herren Interessenten nicht wollen. Hierüber wird allerdings erst noch im Reichstage ein Wörtchen zu reden sein.

### Über den Anmarsch der Parteien zu den preussischen Landtagswahlen

schreibt die „Kreuzzeitung“ in ihrer Wochenrundschau:

„Die sozialdemokratische Partei wird aber fraglos meistens den Freimünnigen im Falle der Not unterstützen, ebenso wie die Fortschrittspartei den Sozialdemokraten. Außerlich wird sich der Aufmarsch des Großblocks bei den Landtagswahlen nicht in derselben Form vollziehen wie bei den Januarwahlen zum Reichstag. Ob innerlich ein Unterschied bestehen wird, das wird nicht abhängen von irgendwelchen ausdrücklichen Vereinbarungen zwischen Sozialdemokratie und Fortschrittspartei, sondern von der Haltung der Nationalliberalen. Aber die vielversprochene Annäherung der Nationalliberalen an die Konservativen verläutet nichts mehr. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die nationalliberale Partei an eine Korrektur ihrer nach links gerichteten Politik einstweilen nicht denkt. Der Abg. Friedberg hat seine entgegenkommenden Erklärungen widerrufen. Das Landtagswahlbündnis mit der Fortschrittlichen Volkspartei festigt sich mehr und mehr.“

Die Konservativen sind offensichtlich sehr unzufrieden, daß sich die Nationalliberalen ihnen nicht mit Haut und Haar verschrieben haben. Im Anschluß an die vorstehenden Zeilen wärmt auch die „Kreuzzeitung“ den Nationalliberalen ordentlich den Kopf, weil sie mit wenigen Ausnahmen den Streikpostenantrag der Konservativen nicht unterstützt haben. Das Junkerblatt reklamiert die Nationalliberalen als Schatzmacher und wenn sie diese Bahn verlassen, dann haben sie nach Auffassung der „Kreuzzeitung“ aufgehört, zu den zuverlässigen staatsertreuenden Parteien zu zählen. Vermutlich benutzen die Konservativen auch diese Episode wieder, um bei ihren Bemühungen den Nationalliberalen in Rheinland-Westfalen das Wasser abzugraben.

### Die Ziele der Nationalliberalen.

Herr Fuhrmann, der Geschäftsführer einer Gruppe nationalliberaler Parteigänger, deren Mitglieder ängstlich darauf bedacht sind, ihre Namen der Öffentlichkeit nicht bekannt werden zu lassen, antwortet endlich auf die vielen Anzettelungen, die er in letzter Zeit über sich ergehen lassen mußte. In der Nummer der „Nationalliberalen Reichs-Korrespondenz“ vom 24. Januar 1913 bekennt er sich, daß die Parole zur Landtagswahl: „Stramm

gegen rechts“ die Bedeutung haben könne, „über eine Verständigung der Fortschrittlichen Volkspartei mit der Sozialdemokratie einen verhängenden Schleier zu ziehen“. Was die Nationalliberalen wollen, das skizziert Herr Fuhrmann wie folgt:

„Die Erhaltung der vollen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der nationalliberalen Partei, die weder durch vorübergehende taktische Wahlverständigungen mit rechts noch mit links zu erschüttern ist; die Bewahrung ihres alten Parteicharakters als einer nationalen und liberalen Mittelpartei und die Abweisung jeder direkten oder indirekten Verbindung mit der Sozialdemokratie. Das letztere in der Erkenntnis, daß die Stellung zum Großblockproblem in Zukunft immer entscheidender sein wird für den einzelnen Staatsbürger wie für das Verhältnis der Parteien untereinander. Diese Politik ist nicht auf den Augenblick gerichtet und geht nicht nach dem Beifall des Tages. Wir erhoffen wachsendes Verständnis für die Notwendigkeit unserer Arbeit von der Zukunft. Wir werden sie fortsetzen in der Überzeugung, damit der nationalliberalen Partei ihr Verworfenes mit sichern zu helfen, der in allen Wechselfällen des parteipolitischen Wanders unantastbaren und unzerstörbaren nationalen Charakter, der, wenn je, in den vielleicht bevorstehenden schweren äußeren und inneren Kämpfen unseres Vaterlandes die Hauptgenähr einer glücklichen nationalen Entwicklung bieten wird.“

Diese reichlich gewundene Darstellung schafft leider auch nicht die wünschenswerte Klarheit, namentlich wird nach wie vor verschwiegen, wer denn nun eigentlich die sicher ziemlich einflussreichen Männer sind, die hinter dem Verband des Herrn Fuhrmann stehen. Der Verdacht, daß es sich um die konservativ gerichteten Beherrscher der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie handelt, verdichtet sich immer mehr.

### Wahlrechtskonflikt in Koburg-Gotha.

Der gemeinschaftliche Landtag für Koburg-Gotha sprach sich mit großer Mehrheit für die Einführung des direkten Wahlrechts aus. Nur die Konservativen stimmten gegen den Antrag der Verfassungskommission, die Regierung um alsbaldige Vorlage einer entsprechenden Wahlreform zu ersuchen. Der Minister erklärte nun namens der Regierung, daß sie einem solchen Antrag nicht entsprechen wolle; eher werde er von seinem Posten weichen, als eine Vorlage über die Einführung des direkten Wahlrechts machen.

### Rußland.

Revolutionsfeier in Petersburg. Der Gedentag des 22. Januar, des bekannten Blutsonntages vom Jahre 1905, der die Epoche der offenen revolutionären Kämpfe einleitete, wurde in Petersburg, wie in vielen Städten des Reiches unter großer Beteiligung der Arbeitermasse gefeiert. Schon am Morgen des 22. Januar fanden in Petersburg über 100 Fabriken und Werkstätten. Im Laufe des Tages schlossen sich den feiernden Arbeitern viele andere größere und kleinere Betriebe an. Auf vielen Fabriken fanden Massenversammlungen statt, auf denen Protestresolutionen angenommen wurden. Insgesamt haben nach annähernder Schätzung 80 000 Arbeiter in Petersburg gestreikt. In einigen Stellen fanden Manifestationen auf den Straßen und Plätzen statt. Große Arbeitermengen zogen mit roten und schwarzen Fahnen durch die Arbeiterviertel. An einigen Stellen versuchten die Manifestanten, revolutionäre Lieder singend, in die innere Stadt zu dringen. Sie wurden aber von dem Massenaufgebot an Polizei und Militär zurückgedrängt, wobei eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen wurde. Soweit Meldungen vorliegen, fanden an demselben Tage Massenstreiks und Manifestationen in Riga, Warschau, Nikolajew und Cherson statt. Besonders imposant waren die Manifestationen in Riga, wo eine nach Tausenden zählende Menge unter Abfingung revolutionärer Lieder im Zentrum der Stadt demonstrierte. Ein Teil der Menge wurde von der Polizei umlagert und in die benachbarten Höfe gejagt, wo die Polizei 90 Demonstranten, darunter 30 Frauen verhaftete.

### Türkei.

Die Lage. Das neue türkische Kabinett behauptet, nicht den Krieg um jeden Preis zu wünschen, sondern erklärt, Entgegenkommen zeigen zu wollen. Ein Entgegenkommen würde aber bei dem Standpunkt, den Balkanbündel und Großmächte nun einmal eingenommen haben, nur der Verzicht auf Adrianopel und auf die Selbstbestimmung über die ägäischen Inseln, kurz, die Annahme der Kollektivnote der Mächte bedeuten. Das wollte ja aber das Kabinett Kiamit tun. Will das Kabinett Scheitern das gleiche, so war der Handstreich überflüssig. Will das Kabinett Scheitern aber die Note der Mächte ablehnend beantworten, so ist keine Haltung kein Entgegenkommen; Auslegungen und Erklärungen sind heute in der türkischen Antwortnote nicht mehr möglich; es handelt sich lediglich um ein klares Ja oder Nein. Offenbar wird aber der neuen türkischen Regierung der entscheidende Entschluß selbst nicht leicht. Denn bis jetzt arbeitet man immer noch an der Antwortnote herum.

Türkischen Blättern zufolge hielten einflussreiche Mitglieder des jungtürkischen Komitees eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, daß Adrianopel und die Inseln des Archipels niemals abgetreten werden dürften.

Die indischen Muselmanen halten Versammlungen zugunsten der jungtürkischen Partei ab und lassen Resolutionen, in denen sie die Wiederaufnahme des Krieges verlangen und das grauenhafte Schweigen Europas sowie die Untätigkeit Englands gegenüber den bulgarischen Übergriffen verurteilen.

Im Lager zu Eschataldja bereitet sich eine Gegenrevolution vor. Wie verlautet, hat Tischerkeß Pascha, der Kommandant des 4. Armeekorps, eine von vielen Offizieren der liberalen Militärliga unterzeichnete Petition an den Großwesir Schewket Pascha gesandt, in der dieser aufgefordert wird, mit dem gesamten Kabinett abzudanken, anderenfalls würde Tischerkeß mit seinen Tischerkesen, Kurden und Arabern auf Konstantinopel marschieren.

Chinas Eisenbahnprojekte. Das das angel-sächsische Kapital mehr als das einer anderen Nation von der wirtschaftlichen Eröffnung Chinas profitieren werde, war nach Lage der Dinge zu erwarten. Seit einiger Zeit wird mit britischen Finanzinstituten über den Bau von Eisenbahnen unterhandelt. Jetzt ist Sunyatsen von seiner Regierung beauftragt worden, demnächst in London die Unterhandlungen durch feste Verträge abzuschließen. Mit dem Eisenbahnbau werden eine Anzahl wichtiger Minen-konzessionen verbunden sein. Daß es sich hier um eine Milliardenbeute handelt, ist hinlänglich bekannt. Ehe aber mit dem Abbau der ungeheuren Naturschätze des Reichs begonnen werden kann, muß natürlich das Eisenbahnprojekt, teilweise wenigstens, realisiert sein. Zur Ausarbeitung der Pläne für das Bahnnetz wurde schon vor Monaten die „Korporation der chinesischen Nationalbahn“ mit dem Sitz in Shanghai geschaffen. Zu ihrem Generaldirektor wurde Sunyatsen bestimmt. Wenn ihre Pläne irgend etwas vermessen lassen sollten, dann jedenfalls nicht die Groß-zügigkeit. Es wird der Bau von 200 000 Li (96 000 Kilometer) Bahnen innerhalb zehn Jahren beabsichtigt. Die Ausführung dieses gigantischen Unternehmens soll von Anfang bis zu Ende als reine Geschäftssache ohne jede politische Beeinflussung oder politische Vorteile betrachtet werden. Nun ist bis jetzt der chinesische Geist nicht an solche große Geschäfte gewöhnt gewesen. Er hat bislang mit unendlich kleineren Zahlen und Summen gerechnet. Ganz mit Recht wird befürchtet, daß die Chinesen kein Verständnis für die Größe des Planes haben, ihm mit Ungläubigkeit oder bangeren Zweifeln begegnen würden. Dieser Eventualität versucht Sunyatsen mit der Anführung des amerikanischen Beispiels vorzubeugen. In den Vereinigten Staaten seien zwischen 1881 und 1890 über 60 000 Meilen Bahn gebaut worden, obgleich damals dort die Hilfsmittel, Arbeiter etc. nicht in dem Maße vorhanden gewesen seien, als in China. Der Bau von 96 000 Kilometer Bahn erfordert 12 500 Millionen Mark. Das ist ohne Zweifel eine sehr große Summe, allein sie ist unbedeutend im Vergleich zu den ungeheuren Vorteilen, die diese Bahnen bringen, wenn sie vollendet sind. Nach Sunyatsen bietet die Aufbringung der 12 500 Millionen keine unübersteigbaren Hindernisse. Die Hauptsache bei dieser Frage sei die Stellung des chinesischen Volkes. Wenn dieses die Vorteile eines ausgebauten Bahnnetzes, wodurch ein sicherer, schneller und billiger Transport gewährleistet wird, einsehe, dann würde die Realisierung des Bahnprojektes gesichert sein. Hoffentlich kommt Sunyatsen von den Vertragsverhandlungen mit der Londoner Hochfinanz mit demselben Optimismus zurück, mit dem er diesen Kommentar zu dem Eisenbahnprojekt geschrieben hat.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 28. Januar.

Achtung, Metallarbeiter! Der Betrieb Altonaer Margarinewerke Mohru. Co., G. m. b. H., Ottenfen, Kreuzweg, ist wegen Mangelregelung für sämtliche Metallarbeiter gesperrt. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Hamburg.

Die Kaisergeburtstagsfeier gibt alljährlich einer Anzahl von Kriegervereinigungen Gelegenheit, ihr patriotisches Redebedürfnis zu befriedigen. Auch gestern und vorgestern war das wieder in Lübeck der Fall. Zu den größten Festrednern dieser Art gehört der Rechtsanwalt Dr. P. a. h., der im Kameradschaftsbund den Ton angibt. Seinen von tiefgründiger Weisheit triefenden Ausführungen seien folgende Perlen entnommen, die wir auch unseren Lesern nicht vorenthalten möchten:

„Das in Sparfassen angelegte Volkvermögen der kleineren Sparer zählt nach Milliarden und nimmt rapide zu; die sozialen Reichsversicherungen haben Milliarden an Renten usw. ausgezahlt und nicht minder bedeutende Kapitalien angesammelt zur Deckung der Rechtsansprüche ihrer Versicherten, und die Hunderte von Millionen, welche die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften für ihre Zwecke bisher zusammengebracht haben, widerlegen schlagend das sinnlose Geschwätz von der Verelendung und Entrechtung der breiten Massen.“

Also das Glend der Massen, das gerade bei der gegenwärtigen Teuerung so furchtbar in die Erscheinung tritt, wie die Kämpfe an der Berliner Freibank und der steigende Hundesfleischkonsum beweisen, ist nur „sinnloses Geschwätz“, ebenso die politische Entrechtung der Arbeiter, wie sie beispielsweise in Lübeck und Preußen besteht. Der Wachstum des Volkvermögens ist nach der Meinung des geschätzten Festredners hauptsächlich den arbeitenden Klassen und nicht den schmerzreichen Kapitalisten zugute gekommen; nur schade, daß die Arbeiter selbst von diesem ihren angeblichen Reichtum nichts verspüren. In einer Kaisergeburtstagsrede machen sich natürlich solche Märchen sehr gut; sie sind die Zutaten zum überquellenden Hurra-Patriotismus. Daß auch die „sozialdemokratischen Gelehrten“ verdienstmäßig von dem festredenden Kameraden gebührend erwähnt wurden, versteht sich am Rande. Dann folgten andere humoristische Darbietungen. Folgendes kleine Gedicht charakterisiert in trefflicher Weise diese

Kaisers-Geburtstagsfeiern. Mel.: Stell auf den Tisch die duftenden Kefesen. Stell auf den Tisch den schwarzen Feiizplunder Und auch den Bratenrock trag mit herbei, Dann laß mich hin zur Feier eilen. Ich bin dabei! Daß man nicht glaubt, daß ich mich heimlich drücke. Ob man mich sieht, mir ist's nicht einmlet, Denn strafend trifft der Vorgesetzten Blicke, Wer nicht dabei! Es glüht und funkelt heut in manchem Glase. (Als ob das nicht der Zweck der Übung sei?) Doch laß mich eilen, daß ich auch kann sagen, Ich war dabei!

Auszug aus dem Jahresbericht des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Zahlstelle Lübeck. Das Jahr 1912 war für unsere Zahlstelle eine Zeit des Aufstieges, der äußeren und inneren Festigung. Das zeigt sich sowohl in dem Wachsen der Mitgliederzahl als auch in der Stärkung unserer Finanzen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 61 am Schlusse des Jahres 1911 auf 70 am Jahres-schlus 1912. Die Bilanz der Haupt- sowie der Lokalkasse ragt folgendes Resultat: Für die Hauptkasse wurden ein-genommen 1820,10 Mark. Hieron wurden ausgegeben: für Arbeitslosenunterstützung 152,50 Mk., für Krankenunterstützung 118,55 Mk., für Reiseunterstützung 170,15 Mk., für

Unzugunterstützung 14,00 Mk., 20 Proz. der Einnahmen an die Lokalkasse 348,00 Mk. An die Hauptkasse wurden ge-sandt in bar: 1041,60 Mk. Es wurden 3790 Beitrags-marken verkauft, das macht pro Mitglied 52 Marken. Die Lokalkasse hatte am Schlus des Jahres 1911 einen Bestand von 402,40 Mk., eine Einnahme im Jahre 1912 von 806,28 Mark, in Summa 1208,68 Mk. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 594,29 Mk.; somit war am Jahres-schlus ein Bestand von 614,29 Mk. vorhanden. Da-von waren bei der Sparkasse zinsbar belegt 552,80 Mk. Der Arbeitsnachweis wurde im Berichtsjahre von 18 Ar-beitgebern in 28 Fällen benutzt, außerdem von 8 Auswärtigen. Als Arbeitslose am Orte meldeten sich 29 Kollegen in 33 Fällen. Zugereist waren 68 organisierte Kollegen, außerdem noch 35 unorganisierte, von denen sich 16 in den Verband aufnehmen ließen. Besetzt wurden 22 Stellen. Die Mit-gliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Mitglieder-bestand am Schlusse des Jahres 1911 61 Kollegen. In diesem Jahre sind eingetreten 45, zugereist 37, insgesamt 143 Mit-glieder; hiervon sind abgereist 49, 6 zum Militär eingezogen, ausgeschlossen wegen Beitrags-schuld 15, ausgetreten 3, ins-gesamt 73, sodas am Schlus des Jahres 1912 ein Mitgliederbestand von 70 Kollegen vorhanden war. Im Berichtsjahre fanden 22 Mitgliederversammlungen statt, welche von 448 Mitgliedern besucht waren; im Durch-schnitt von 20 Kollegen. Außerdem wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Arbeiten in 19 Sitzungen. Das abgelaufene Geschäfts-jahr war für unsere Zahlstelle ein ruhiges zu nennen. Zu Anfang des Jahres fand eine umfangreiche, von gutem Er-folge gekrönte Hausagitation statt, welche uns 16 Neuauf-nahmen brachte. Außer einigen Unstimmigkeiten, die sich ge-legendlich der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und der tariflich vorgesehenen Erhöhung des Stundenlohnes am 1. April bei einzelnen Arbeitgebern bemerkbar machten, hatten wir auch eine Lohnbewegung bei einer hiesigen Firma durchzuführen. Sämtliche Angelegenheiten wurden von Seiten der Ortsverwaltung zur Zufrie-denheit der beteiligten Kollegen erledigt. Eine Lohnbewegung, welche von den bei Innungsmeistern beschäf-tigten Gehilfen ausging, brachte keinen Erfolg für die Be-teiligten, wohl in der Hauptsache deshalb, weil die Mehr-zahl der Gehilfen unorganisiert war und ihren Forderungen aus dem Grunde keinen Nachdruck zu geben vermochte. Öffentlich bestimmen sich die unorganisierten Kollegen, raffen sich auf und treten Mann für Mann ein in den Zentral-verband der Schuhmacher Deutschlands. An unsere Kollegen aber ergeht der Ruf, mitzuwirken an der Stärkung unserer Zahlstelle, damit wir bei Ablauf unseres Tarifvertrages am 1. April 1914 für alle Eventualitäten gerüstet sind. Wird diese Parole im neuen Jahre befolgt, dann wird es auch vorwärts gehen in unserer Zahlstelle, vorwärts zum Wohle der Gesamtheit zum besten unserer selbst. Auf Kollegen! Uns Wert!



Der neue Raubzug auf die Taschen der Konsumenten,

den die in Lübeck geplante Konsum-vereins- und Warenhaus-Sondersteuer darstellt, wird heute abend eine große

Volkversammlung,

die im Gewerkschaftshause stattfindet, be-schäftigen. Es gilt Protest zu erheben gegen ein beabsichtigtes schlimmes Un-recht an weiten minderbemittelten Kreisen unserer Bevölkerung. Deshalb lautet die

Parole: Auf in die Versammlung! Niemand fehle!



pb. Erwischter Dieb. Von einem Wächter der Wach- und Schließgesellschaft überrascht und der Polizei übergeben wurde ein Gewerkschaftler aus Hamburg, der mit einem noch nicht ermittelten Komplizen in der Nacht vom 26./27. d. M. in ein am Genier Ufer gelegenen Kontor eingebrochen war und sich dort alte Kleidungsstücke und einen vernickelten Re-volver in schwarzem Lederfutteral angeeignet hatte. Mit dem Revolver ist der Komplize entkommen.

pb. Schokoladenliebhaber. Ermittelt wurden ein Klemp-nerlehrling und ein Schulfknabe, die mittelst Metallplättchen von der Größe und Schwere eines 10-Pfg.-Stückes Schoko-laden-Automaten beraubt haben.

pb. Wer ist der Eigentümer? Vor der Tür eines an der Weberstraße gelegenen Hauses wurde 1 Karton mit 24 Schachteln Lederfett gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Paket aus einem Diebstahl herrührt.

pb. Ein Sparklub beraubt. In der Nacht vom 26./27. ds. Mts. wurde aus einer an der Falkenstrabe be-gelegenen Kellerwirtschaft ein Sparklubschrank mit 80-90 Mark Inhalt gestohlen. Der Kasten wurde später am Kanal hinter dort lagernden Steinen aufgefunden; er war seines Inhalts beraubt.

pb. Verschundene Uhr. Einem Lehrling ist am 26. ds. Mts. abends in dem anlässlich des Zapfenstreiches entstandenen Gedränge eine silberne Remontouruhr mit Gold-band und einer weißen Metallkette abhanden gekommen. Auf dem Deckel befinden sich die Buchstaben „P. J.“

pb. Hausfriedensbruch. Festgenommen wurden zwei hiesige Arbeiter, die sich des Hausfriedensbruchs schuldig ge-macht haben.

pb. Verhaftung. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Danzig, der sich der gefährlichen Körperverletzung schul-dig gemacht hat.

pb. Festgenommen wurde ein Bäckergefelle aus Rabe-burg zwecks Vollstreckung einer gegen ihn wegen Diebstahls erkannten Gefängnisstrafe.

pb. Entwendete Vieirohre. Aus einem an der Waf-enstraße gelegenen Neubau sind in der Zeit vom 25. bis 27. ds. Mts. Vieirohre gestohlen worden und zwar: 2,20 m von 3 cm Durchmesser, 1 m von 5 cm Durchmesser und 3-4 m von 1 Zoll Durchmesser.

Zu Hausatheater sind noch immer die Schillersee-tätig und ist es wirklich eine Freude, dieses Ensemble zu sehen. Die Leistungen dieses Bauerntheaters sind erst-klassig und stehen turmhoch über den Durchschnitts-leistungen sonst hier gastierender Schauspieltruppen. Zu können z. B. die Herren Meth und Linz sich mit jedem ihrer Berufskollegen auf ersten Bühnen messen. Und auch die übrigen Darsteller passen sich vortrefflich an. Dazu noch maßgebende Schupplattler und Zither vortrüge, kurz eine Vielseitigkeit der Darbietungen, daß wir nur aller-unseren Lesern raten können, sich die Schillersee anzuhören. Am Mittwoch wird sogar eine Uraufführung gegeben. „Vater Holzmann“, zu der jeder Platz nur 50 Pfg. kostet. Der Verfasser bürgt für guten Inhalt des Stückes, weshalb wir nochmals den Besuch des Hausatheaters warm empfehlen können.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrie-ben: Ein Ereignis im musikalischen Leben unserer Stadt wird die Aufführung der gewaltigen Richard Wagner'schen Tetralogie „Der Ring des Nibelungen“ bilden. Die Direktion betätigt sich mit dieser schwierigen Einstudierung, zu welcher berühmte Gäste zur Mitwirkung geladen sind, an der allgemeinen Jahreshundertfeier, die dem Gedächtnis des großen Meisters von der gesamten musikalischen Welt ge-widmet wird. Als Aufführungstage sind der 4., 7., 10. und 13. Februar festgesetzt. Für die Aufführung (4 Abende) wird ein besonderes Abonnement an der Kasse aufgelegt.

b. Lüdersdorf. Abgefahne Diebe. Als am Sonn-tag früh der Lehrer Krüger mit noch zwei Herren von Lübeck zurückkam, trafen sie in den Tannen zwischen Herrsburg und Duvenest drei Schwerbeladene. Diese wurden aber sehr un-gemütlich, als man sie anredete. Der eine von ihnen verfehlte K. einen Schlag über den Kopf. Dann entstand eine Bal-gerei, in deren Verlauf zwei der Diebe davonliefen und einen Saß Hafer zurückließen. Einen hielt man jedoch fest, und als man ihn überwältigt hatte, holte man Hilfe von dem nahen Duvenest, wo dann der Ortschule den Mann in Gewahrsam nahm. Da die Sache gleich weiter verfolgt wurde, entdeckte man auch gleich die Quelle. Im Hause des Hausbesizers M. in Herrsburg befürderte die Gendarmrie noch mehrere Säcke mit Hafer zutage. Auch eines Komplizen in Herrsburg, wel-cher anscheinend krank war, wurde man habhaft. Vermutlich hängt die Sache mit den seit einiger Zeit begangenen Ein-brüchen und Diebstählen zusammen und ist man den Dieben auf die Spur gekommen.

Hamburg. Bruning in Hamburg. Gestern abend traf auf dem Dampfer „Titania“ der Defraudant Bru-nung und sein Komplize Kranich hier ein. Er trug noch Farmerkleidung und er und sein Freund machten einen her-untergekommenen Eindruck. Bruning erklärte, daß er be-dauere, seine Verwandten mit in das Verderben gestürzt zu haben. Die Dresdener Bank sei ihm gleichgültig, da sie Geld genug habe. Unterwegs habe Bruning erzählt, daß er den Rest des Geldes im Grunewald vergraben habe, später hat er jedoch dies zugunsten einer anderen Aussage zurückgezogen. Danach will er das Geld einem Mädchen geschenkt haben, dessen Namen er nicht nennen könne, die aber nach Amerika ausgewandert sei. Abends erfolgte die Ueberführung nach Berlin. — Der Polizei ist es gelungen, eine Bande von Einbrechern, bestehend aus fünf Personen, die in der letzten Zeit verschiedene große Einbrüche verübt hatten, zu verhaften. Die Verhafteten sind zum Teil geständig. In der Wohnung der Bande in Barmbeck wurden Silbergeschmuck im Werte von 14 000 Mk. und andere Schmuckstücke gefunden. — Schwefelsäureattentat auf den Geliebten. Wie man aus Hamburg meldet, schüttete Montag die 45-jährige Schneiderin Hilsche ihrem Geliebten, einem 24-jähri-gen Klempnergehilfen, von dem sie sich betrogen fühlte, auf der Straße aus einer großen Flasche Schwefelsäure in die Augen. Der Mann erblindete sofort. Die Frau ging nach dem Attentat in ihre Wohnung und nahm dort, als Polizeibeamte erschienen, Gift, dessen Wirkungen sie nach wenigen Minuten erlag.

Fleensburg. Wegen versuchten Mordes ver-urteilt. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Bäcker-gehilfen Wih. Krümmel aus Elmshorn, der am 28. Juni vorigen Jahres den Bäckermeister Bertelsen in Hörup zunächst bestohlen und als er dabei ertappt, auf Bertelsen geschossen hatte, wegen versuchten Mordes und Einbruchdiebstahls zu 6 Jahren 2 Monaten Zuchthaus.

Ishoe. Tod durch Gasvergiftung. In der Nacht zum Sonntag starb die 64jährige Tochter der am Corainsberg wohnenden Witwe Malchow an Kohlenoxydgas-vergiftung, die sie sich zugezogen hatte, während die Mutter abwesend war. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Meinreith. Drei Kinder ertrunken. Auf dem Bälzig-See beim Dorfe Stralen brachen die Schulkinder Elisabeth Armelang, Alfred Arndt und Richard Lembke ein; da keine Hilfe zur Stelle war, ertranken sie.

Helgoland. Die Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter auf Helgoland. Auf der Insel Helgoland werden Millionen für Befestigungs-werke verwendet. Die verschiedensten Hoch- und Tiefbaufirmen sind seit Jahren mit Hunderten von Arbeit-ern bei diesem Befestigungswerke tätig. Die Arbeiten werden von sogenannten fliegenden Jimen ausgeführt; die die Arbeit-er am stärksten ausnützen. Das kann nun auf Helgoland be-sonders gesehen werden, weil dort ein Stamm eingesehener Arbeit-er fehlt, dem ganz besonders daran liegt, daß wenigstens seine Verschlechterungen der Lohn- und vor allem der Arbeitsbedingungen eintritt. Auf Helgoland sind nur Jage-reiße beschäftigt. Ist schon die allgemeine Lage der Bau-arbeiter auf Helgoland keine rosige, so ist sie bei der Tiefbau-firma Hagemann, Harburg besonders schlecht. Diese Firma zahlt für Arbeiter 50 und für Gesellen 65 Pfg. Stun-denlohn, während mit den übrigen Firmen ein Vertrau-schu für Arbeiter von 65 Pfg. und für Gesellen von 80 Pfg. ver-einbart ist. Die Firma Hagemann hat es seinerzeit abge-sehnt, den bestehenden Tarifvertrag für sich als verbindlich anzuerkennen. Um die niedrigen Löhne der Firma Hage-mann recht zu würdigen, muß beachtet werden, daß die Miet- und Lebensmittelpreise besonders hoch sind. Unterwirft sich der Arbeiter aber nicht bedingungslos den Anordnungen der Firma und ihrer Vertreter, dann wird er nicht nur entlassen, sondern er kommt auch noch auf die schwarze Liste. Die Firma hat übrigens die Arbeiter in Baraden untergebracht, die auf Anordnung der Polizei geschlossen werden mußten. Auf Grund dieser Zustände werden Erd- und Bauarbeiter ge-warnt, für die Tiefbauarbeiter auf Helgo-land und ganz besonders für die Firma Hagemann, Har-burg sich anwerben zu lassen; Hagemann sucht in allen Ecken Deutschlands Arbeiter.

Wicikanten. W-a, Moidling. Das bezogene Krankengeld ist mit-zu versteuern.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Konsumenten! Mitbürger!

Der Lübecker Senat plant eine Ausnahmebesteuerung des Konsumvereins und damit eine neue Belastung der organisierten Konsumenten. Hiergegen gilt es, den schärfsten Protest zu erheben.  
Zu diesem Zwecke berufen wir eine

# Oeffentl. Volksversammlung

zu heute, Dienstag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52 ein.

Tagesordnung:

## 1. Der neue Raubzug auf die Taschen der Konsumenten.

Referent: Herr F. Vieth-Hamburg, Sekretär des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine.

## 2. Freie Aussprache.

Männer und Frauen! Zeigt durch einen Massenbesuch, daß Ihr nicht einverstanden seid mit der geplanten Anebelung des Konsumvereins.

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend.

NB. Die Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft sind hiermit freundlichst eingeladen. D. O.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit sagen wir allen Verwandten und Freunden, sowie dem Gesangsverein „Amicitia“ für seine Aufmerksamkeit unsern herzlichsten Dank. (692)

**Emil Cordts und Frau,**  
Secret. geb. Klempan.

**Nachruf.**  
Ruh und unerwartet hard plötzlich unser langjähriges Ordensmitglied, Bruder

**J. Mierendorf.**  
Ihre feinem Andenken!  
L. O. G. T.-Loge Emanuel Geibel.  
Die Einäscherung findet am Donnerstag 3 1/2 Uhr statt. (699)

Jung, freundl. 18jähr. Mädchen sucht zum 1. Februar oder sofort Stellung als Verkäuferin od. Stütze mit Familienanschluss. Gehalt nach Überens. L. Lemke, Moisling.

**Eine Ganqwohnung**  
an eine einzelne Person zu verm. (658)  
Quadestraße 52.

Elegante Damen-Maschenzüge zu verkaufen. Weichstr. 1. (553)

**50 schicke Dam.-Mask.-Kost.**  
billig zu verkaufen. (691)  
Weiche Straße 24. nach Müggel.

**1 Damen-Maschen-Anzug (Stoffe)**  
zu verkaufen. (687)  
Frau Maus, Heinrichstraße 18.  
Ein Maschen-Anzug billig zu verkaufen, evtl. zu verkaufen. (685)  
Fischergrube 44/3.

**Hosenselle**  
Kauz, Wader, Jute, Fuchs usw., sowie Pferdehaare laud zu höchsten Tagespreisen. (69)

**D. Wagner, Solitenstr. 8.**  
Billig! Käse. Billig!  
Große Partie schöne sehr fetten Käse 75%  
Weinverk. Fleischhauerstr. 48.

**Doppelwaggon Weißkohl**  
Verkauft ab Lager Hauptstraße 18  
Eingang Fünfhausen.  
Zentner 2,50 Mk.  
Bei größerer Abnahme bedeutend billiger. (696)

**Holsten-Meierei**  
Wickedestraße 44  
Farnum 2335  
empfiehlt täglich frische  
H. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Battersmilch, Klappkäse, Spezial: Kochkäse.

**Beerdigungsinstitut Gebr. Müter**  
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.  
Uebnahme ganzer Beerdigungen.  
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

**Betten-Duve** liefert bestens und billigst.  
102 Gr. Burgstr. 32.

**Meierei Schwartau**  
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144  
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368)

Neu erschien in billiger Volks-Ausgabe:  
**Die Kommune**  
Roman von Paul und Viktor Margueritte.  
Uebersetzt von H. Friede. Mit Einleitung von Herm. Wendel.  
Preis: früher brochiert Mk. 5.—, jetzt nur Mk. 1.—; gebunden früher Mk. 7.—, jetzt nur Mk. 1.50.  
Der große Gedankenkampf der Pariser Kommune, den August Bebel 1871 im Reichstag ein Vorzeichen für die kommende proletarische Revolution nannte, entrollt sich in diesem Buch. Es ist ein Buch, das mitreißt, das aufwühlt, das entflammend!  
Jeder Massenbewusste Arbeiter sollte diesen Roman, der geschichtliche Fiktion mit spannender Handlung vermischt, kaufen und lesen!  
Bei Fortverkauf von Einzel-Exemplaren 30 Hfg. Porto.  
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
in jeder Preislage  
empfehlen  
**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

**Unübertriffen**  
**Ragoda**  
Gegen Gutscheine bis Ende 1913 auf 20 Pfg. 1 fl. Double- oder goldplattierte Damen-Uhrkette  
L. W. Schumann u. Wille, Wittenberge.

**Abreisenden** aufbewahrt u. nachgekauft werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditionsbüro Fischergr. 52. (184)

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

**Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübecks.**  
**General-Versammlung**  
am Donnerstag, 30. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1912.  
2. Wahlen.  
3. Jährliche Verbandssangelegenheiten.  
Der Vorstand.

**Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher.**  
Heute, Dienstag  
abends 8 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Jahrelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Mittwoch, dem 29. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Wahlen.  
3. Festsetzung unserer diesjährigen Vergütungen.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung Schneider!**

**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag, d. 28. Jan. 1913  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Das Versicherungswesen der Heimarbeit. Referent: Koll. Strübing, Hamburg.  
2. Kartellbericht.  
3. Bericht von der Vorstandskonferenz.  
4. Abrechnung vom 4. Quartal 1912.  
5. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch, namentlich der Heimarbeit, ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**KalnbergsVariete.**  
077  
Letzte Woche  
dieser humorist. Künstler-Serie, mit der Burleske  
„Katzenjammer“.

**Sparklub „Falke“ 1913.**  
**Außerordnl. Versammlung**  
am Donnerstag, d. 30. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig! (695) Der Vorstand.

**Hansa-Theater.**  
Mittwoch, den 29. Januar:  
Anfang 8 1/2 Uhr  
694) **Uraufführung:**  
**Vater Holzmann.**  
Volksschauspiel v. H. Werner, dem erfolgreichen Verfasser v. Musikantendeandl u. Sündige Liebe.  
Nach der Vorstellung:  
**Kabarett. Entree frei.**  
Donnerstag, 30. Januar 1913:  
694) **Vater Holzmann.**

**Hansa-Theater.**  
Dienstag, den 28. Januar.  
Anfang 8 1/2 Uhr  
**Schlierseer.**  
Zum letzten Male  
's Musikantendeandl  
Bauernkomödie mit Gesang und Tanz. (698)  
Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr  
**Kabarett mit Schönheitskonkurrenz. Entree frei.**  
Mittwoch, den 29. Januar  
**Uraufführung**  
**Vater Holzmann.**

**Neues Stadttheater.**  
Mittwoch, den 29. Januar 1913.  
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.  
Außer Abonn. Kleine Preise.  
Auf vielfachen Wunsch:  
**Autoliebchen.**  
Burleske Operette v. Jean Gilbert.  
Donnerstag, den 30. Januar 1913:  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
113. B. i. Boll-Pl. 19. B. i. Donnst.-Pl.  
**König für einen Tag.**  
Rom. komische Oper von H. Adam i. d. Bearbeitung von Paul Wolff.  
Große Preise. (698)  
In Vorbereitung: Zige, Drama von J. Tsalow und „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner.

## Der Entwurf eines Wohnungsgesetzes für Preußen.

Unerwartet schnell ist die preussische Regierung mit ihrem Wohnungsgesetzentwurf an die Öffentlichkeit getreten. Der Entwurf, der nebst Begründung im „Reichs-Anzeiger“ vom 25. Januar veröffentlicht wird, umfaßt mehr als vier eng bedruckte Seiten. Der Artikel 1 des Entwurfs behandelt das Baugelände und bringt einige Änderungen des Gesetzes über die Anlegung und Veränderungen von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften vom 2. Juli 1875. Im Artikel 2 sind dann die Baupolizeivorschriften niedergelegt.

Der Artikel 3 regelt die Benutzung der Gebäude. Die ersten drei Paragraphen dieses Artikels behandeln die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen. Nach § 1 können für Gemeinden und Gutsbezirke im Wege der Polizei-Verordnung allgemeine Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen erlassen werden (Wohnungsordnungen); für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10 000 Einwohnern sind solche Wohnungsordnungen zu erlassen. Nach § 2 kann durch die Wohnungsordnungen vorgeschrieben werden, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen bau-polizeilich genehmigt sind. § 3 lautet: Die Wohnungsordnungen können ferner insbesondere Vorschriften treffen über:

1. eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende bauliche Beschaffenheit und Instandhaltung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),
  2. eine den Anforderungen des Familienlebens entsprechende Trennung der von verschiedenen Haushaltungen benutzten Wohn- und Schlafräume (auch Küchen) von einander,
  3. die Zahl und die Beschaffenheit der erforderlichen Kochstellen, Aborte, Wasserentnahmestellen und Ausgüsse,
  4. die im gesundheitlichen und sittlichen Interesse zulässige Belegung der Wohn- und Schlafräume (auch Küchen),
  5. die Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der von Dienst- oder Arbeitgebern ihren Dienstboten oder Gewerbegehilfen (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen) zugewiesenen Schlafräume,
  6. die Bedingungen, unter denen die Aufnahme nicht zur Familie gehöriger Personen gegen Entgelt als Zimmermieter (Zimmerherren, Chambergaristen), Einlieger (Einlogierer, Miet-, Kost- und Quartiergänger) oder Schlafgänger (Schläfer, Schlafleute, Schlafsteller, Schlafgäste, Schlafburshen und -mädchen) stattfindet,
  7. die zur Durchführung der getroffenen Bestimmungen den Beteiligten namentlich hinsichtlich der Anzeigen, Ausgänge obliegenden Verpflichtungen.
- § 4: Durch Polizeiverordnungen, durch welche die Unterbringung von Arbeitern geregelt wird, können Mindestanforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit, Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der Unterkunftsräume und ihres Zubehörs festgesetzt sowie die zur Durchführung der Bestimmungen erforderlichen Vorschriften, insbesondere hinsichtlich der Anzeigen, Ausgänge usw. vorgesehen werden.

Die Wohnungsaufsicht wird im § 1 des Artikels 4 geregelt, der folgenden Wortlaut hat: Die Aufsicht über das Wohnungswesen liegt, unbeschadet der allgemeinen gesetzlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, dem Gemeindevorstand ob. Er hat sich von den Zuständen im Wohnungswesen fortlaufend Kenntnis zu verschaffen, auf die Fernhaltung und Beseitigung von Missetänden sowie auf Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse, namentlich der Minderbemittelten, hinzuwirken und die Befolgung der Vorschriften der Wohnungsordnung zu überwachen. Für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ist zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamt zu errichten, das mit dem erforderlichen in geeigneter Weise vorgebildeten Personal, insbesondere mit einer genügenden Anzahl beamteteter Wohnungsaufseher besetzt sein muß; dem Wohnungsamt können auch ehrenamtlich tätige Personen als Mitglieder angehören. Für kleinere Gemeinden kann durch Anordnung der Aufsichtsbehörde die Errichtung eines den vorstehenden Bestimmungen entsprechenden Wohnungsamts oder die Anstellung besonderer in geeigneter Weise vorgebildeter beamteteter Wohnungsaufseher vorgeschrieben werden. Mehrere Gemeinden können sich mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsamts für ihre Bezirke vereinigen. Unter der gleichen Voraussetzung kann auch ein weiterer Kommunalverband für seinen Bezirk oder Teile seines Bezirkes ein gemeinsames Wohnungsamt errichten.

Dem Wohnungsamte können von der Gemeinde, sofern sich mehrere Gemeinden zur Errichtung eines gemeinsamen Wohnungsamtes vereinigt haben, durch übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Gemeinden und, sofern die Errichtung durch einen weiteren Kommunalverband erfolgt, durch Beschluß des letzteren andere verwandte Aufgaben übertragen werden. Auf Anordnung des Regierungspräsidenten, für Berlin des Oberpräsidenten, ist die Tätigkeit des Wohnungsamts auf die Nachweisung kleinerer Wohnungen zu erstrecken. Durch Polizeiverordnung kann den Vermietern solcher Wohnungen die Pflicht zur Anmeldung verfügbarer Wohnungen auferlegt werden.

In den §§ 2—4 des Artikels 4 sind nähere Anweisungen niedergelegt über die Wohnungsaufsicht und in den Uebergangsbestimmungen wird festgelegt, daß auch bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes zu seiner Ausführung Wohnungsordnungen und die hierzu notwendigen Anordnungen erlassen werden können.

In der dem Entwurf beigegebenen sehr ausführlichen Begründung werden als Maßnahmen zur Abhilfe der herrschenden Missetände vor allem die Förderung des Kleinwohnungsbaues und die Beseitigung der ungesunden Bodenspekulation genannt. Auch soll die ländliche Bauweise bevorzugt werden.

Die Missetände im Wohnungswesen werden im wesentlichen durch folgende Ausführungen gekennzeichnet:

„Ein erheblicher Teil der Bevölkerung wohnt hier in Räumen, die aufs äußerste beschränkt und von denjenigen anderer Haushaltungen nicht in einer den Anforderungen des Familienlebens und der Hygiene entsprechenden Weise getrennt sind. Die Kleinwohnungen sind vielfach nach Lage oder baulicher Beschaffenheit unbefriedigend, zum Teil in gesundheitlicher Beziehung zum dauernden Aufenthalte von Menschen überhaupt nicht geeignet. Dabei sind die Wohnungen zum erheb-

lichen Teil überfüllt, auch werden in ihnen zugleich in weitgehendem Maße noch fremde, nicht zur Familie gehörige Personen untergebracht, sodaß weder den Rücksichten der Gesundheit und der Sittlichkeit, noch dem Erfordernisse der Aufrechterhaltung des Familienlebens in ausreichender Weise Rechnung getragen ist. Die Zahl der jeweilig leerstehenden Kleinwohnungen, von denen ein gewisses Mindestmaß wenigstens in größeren Gemeinden zur regelrechten Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses und zur Verhütung von Wohnungsmangel erfahrungsmäßig erforderlich ist, sinkt in vielen Orten oft längere Zeit hindurch oder in häufigerer Wiederkehr unter dieses Mindestmaß, und die Mietpreise stehen in zahlreichen Fällen nicht im Verhältnis zu dem Einkommen der lohnarbeitenden Bevölkerungskreise.“

Die Veröffentlichung dieses preussischen Wohnungsgesetzentwurfes in diesem Augenblicke wirkt wie ein Blitz. Noch vor einigen Tagen mußte der Staatssekretär Dr. Delbrück nichts von dieser Absicht der preussischen Regierung; er gab in der Budgetkommission zur Wohnungsfrage eine Erklärung ab, die von der konservativen Presse als Drohung aufgefaßt wurde, die Erklärung, daß, wenn von Preußen bis zum Herbst kein Wohnungsgesetz vorläge, das Reich in dieser Frage die Führung übernehmen werde. Und als ob die preussische Regierung nur auf diese Drohung gewartet hätte, ist sie auf einmal in der Lage, einen Gesetzentwurf zu veröffentlichen, von dem allerdings die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sofort versichert, daß er dem preussischen Landtag erst nach den Neuwahlen vorgelegt werden könne, da in der jetzigen schon stark überlasteten Session keine Möglichkeit für seine Verabschiedung bestehe.

Vielleicht überlegt sich die preussische Regierung die Sache nach den Neuwahlen auch noch einmal anders. Nicht etwa im Sinne eines besseren Entwurfs, das ist von der preussischen Regierung nicht zu erwarten; eher ist anzunehmen, daß, wenn die Wahlen vorüber und die reaktionäre Mehrheit des Landtages wieder sicher ist, die Wohnungsreform zu dem alten Eisen geworfen wird.

## Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

XIV.

Die Bitte war umsonst. Noch an demselben Tage antwortete der Prinz in folgendem Schreiben:

An die kaiserlich königliche Mairie der Stadt Lübeck.

„Nicht unbekannt mit den besondern in der späteren Zeit erlittenen Drangsalen und schweren Kriegslasten der Stadt Lübeck, bin Ich freilich durch das heute empfangene gefällige Schreiben der Mairie näher mit dem Detail dieser Last befannt geworden.“

„Ich bedarf gewiß nicht der Stadt die Versicherung zu geben, wie sehr es mir angenehm sein würde, der Stadt diese Last zu erleichtern, wenn es von mir abhängt und es die Umstände möglich machen ließen. Allein da die Verpflegung des Auxiliarkorps (Sißkorps) infolge des bestehenden Traktates (Vertrages) auf allerhöchsten Befehl Sr. französisch kaiserlich-königlichen Majestät veranfaßt wird und es mir nicht geziemt zu beurteilen, aus welchen Quellen diese Verpflegung beschafft werden muß, so kann und darf Ich

## Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(11. Fortsetzung.)

Sternau wird uns morgen einen vorzüglich brauchbaren Menschen zuschicken, sagte Emma, und die Tante hat recht, Johannes, es geht wirklich nicht länger mit Deinem alten Freund.

Aber ich weiß nicht, begann der Doktor hartnäckig, Peter ist doch noch recht rasiert — Hören Sie auf, lieber, fiel Frau von Grafwitz ein, schon dieser Name ist äußerst lächerlich. Er soll ja nicht auf die Straße geworfen werden, wir werden für ihn sorgen, allein fort muß er. Ich glaube, Emma verlangt dies mit voller Überzeugung.

„Du sagst er sanftmütig bittend, das wirst Du nicht tun. Doch zu seinem Erschrecken antwortete sie ganz wie die Tante: Allerdings, Johannes, er ist nicht mehr zu brauchen. Du wirst Dich daren finden müssen, fuhr sie unbewegt fort, obwohl ich mir denken kann, wie nahe es Dir geht, denn Du bist ein Mann der Gewohnheiten, und ich finde es ganz natürlich, daß auch diese grauhaarige Gewohnheit Dir lieb ist. Trösten wir uns gemeinsam, denn ich glaube, daß auch mit ein Verlust — sie beendete ihre Worte nicht, denn die Tante gab ihr einen Wink, und der Doktor sah vor sich nieder und schien nicht zu hören. — Wir behalten uns ja, Johannes! rief sie, und ich hoffe noch recht lange, obwohl ich so müde bin, daß ich auf immer einschlafen möchte.“

„Du darfst nicht länger ruhen, Kind, sagte Frau von Grafwitz; es ist die höchste Zeit, an Deinen Anzug zu denken. Wir haben Sternau versprochen, so früh als möglich zu kommen. Auch Sie, mein lieber, müssen sich anstrengen, Sie haben Zeit nötig. Gehen Sie jetzt. Die Sache mit dem Franz zu ordnen, überlassen Sie mir nur. Machen Sie sich keine Sorgen darüber, es wird alles, was gut ist, geschehen.“

Der Doktor wagte nichts mehr zu antworten, er war jedoch sehr unruhig. Er sieht ganz unglücklich aus, sagte Emma, als er hinaus war.

„Laß ihn nur, versetzte die Tante, er wird sich beruhigen und morgen überzeugt sein, daß es so sein muß. Mache Dein Haus rein von allen alten Anhängeln des Herrn Stadtrats, sonst hören die Zwischenträger nicht auf. Ich habe den alten Schelm in dringendem Verdacht, daß er Rapport über alles abfattet, was hier geschieht; er sowohl wie seine Gönnerin Marie. Die Kinderfrau hat mir gesagt, daß er einen Brief auf die Post gebracht hat für die Wampel, und daß der

Doktor eine ganze Weile bei ihr gewesen sei. Sie müssen beide fort.

Emma küßte den Kopf in ihren Arm. Sie antwortete nichts darauf, aber sie war damit einverstanden. Was wollte er denn bei ihr? fragte sie nach einem langen Schweigen halblaut und in sich hinein.

Die Tante blinnte sie scharf lächelnd an. Ich weiß es nicht, erwiderte sie, es schickt sich jedoch allerdings nicht, und — es ist Zeit, mein Kind, sie muß aus dem Hause.

Johannes ahnte von alledem nichts. Er ging lange Zeit unruhig in seinem Zimmer auf und ab, bis es darüber finstern wurde. Es tat ihm sehr weh, daß er den treuen Diener fortschicken sollte, noch weher, daß Emma so gar keine Teilnahme für ihn gezeigt hatte. Sie hatte, ohne ihn zu fragen, einen neuen Diener angenommen, den Sternau ihnen ausgesucht. Er fühlte sich darüber gekränkt, aber was sollte er tun? Vorsehungen halfen ja nichts, und das einzige, was er tun konnte, das verwarf er, denn er fürchtete sich davor. Aber eben so unmöglich schien es ihm, daß Emma ungerecht und hart sein sollte. O nein, sie wollte ja für den alten Mann sorgen und bildete sich ein, es so am besten zu tun. Er nahm sich vor, morgen noch einmal mit ihr darüber zu sprechen, sie dringend zu bitten, ihm seinen lieben Peter zu lassen, und das würde sie gewiß nicht abschlagen, nein, gewiß nicht!

Mitten in seinen Betrachtungen trat der, um den es sich handelte, mit einem Lichte herein. Ach, mein Herr Doktor! sagte er erschrocken, Sie sollen ja fortfahren, und der Wagen ist da, und die gnädige Frau ist bereit.

O! wirklich, rief Johannes eben so erschrocken, ich habe es ganz vergessen.

Der alte Mann stellte das Licht auf den Tisch, und dicht an seinen Herrn tretend, sagte er leise: Es ist ein rechtes Unglück.

Der Doktor sah ihn verlegen an und wandte dann die Augen ab. Wir müssen zusehen, wie wir es abwenden, flüsterte er.

Ja, ja! erwiderte der Alte. Sie wissen es also schon?

Ich weiß es, allerdings, die Frau Majorin hat es mir gesagt.

Ach, die — die! rief Brinkmann, Gott verzeihe es mir! die macht sich nichts daraus, die sagt, es ist Kleinigkeit; die fühlt nichts!

Es wird noch alles gut werden, Peter, erwiderte der Doktor beruhigend. Du mußt nicht so heftig sein. Hilf mir jetzt ein wenig, hole meinen Rock.

Der alte Mann legte seine zitternden Hände auf des Doktors Arm. Sie sollten uns nicht verlassen, sagte er. Sie nicht!

Ich will auch nicht, Peter, gewiß, ich will nicht! versetzte er unruhig. Aber ich bin — was soll ich zuletzt tun?

Sagen Sie nein, absolut nein! antwortete Brinkmann, und seine blöden Augen blitzten feurig auf. Wenn ich es wäre, ich täts nimmermehr.

Ängstliche Dich nicht, Peter, nein ängstige Dich gar nicht. Ich muß jetzt gehen; warte nur bis morgen.

Bis morgen, versetzte der Alte traurig. Ja dann ist es zu spät.

Nicht doch, Peter. Spricht nicht so — so töricht! sagte der Doktor.

Es ist Ernst, lieber Herr, es geht zu Ende in dieser Nacht; vielleicht schon in dieser Stunde!

Was sagst Du da? fragte der Gelehrte erschrocken. Du mußt es Dir nicht so zu Herzen nehmen.

Nicht zu Herzen nehmen! rief der alte Mann seine Hände faltend. Mein Gott! Die es tun sollten — es muß heraus, lieber Herr — die haben kein Herz, und die eine, der das Herz dabei brechen möchte, wird wie eine Magd dafür gescholten. Doch wenn wenn sie nicht wäre, lebte das arme Kind längst nicht mehr.

Wer? Mein Kind! schrie Johannes auf. Die Tante meint, es habe nichts zu bedeuten, setzte er ruhiger hinzu.

Sie weiß es besser, was es zu bedeuten hat, fuhr Brinkmann fort, aber sie will es nicht wissen. Es soll niemand etwas der Frau Doktorin sagen, weil es ihr schaden könnte, und weils dann wohl mit dem Ausfahren nichts wäre. Der Doktor soll kommen und das Haus nicht in Unruhe versetzt werden um ein bißchen Fieber.

Nein, nein! Emma darf nichts erfahren, sagte der Doktor. Es wird auch nichts sein, Peter, es ist ja schon öfter so gewesen, und die Tante ist sehr erfahren, sehr klug.

Gott weiß es, ja! stöhnte der alte Mann kläglich. Aber gehen Sie nicht von hier. Es ist Gottes Gebot, daß ein Vater seinen Kind nicht verlassen soll in der letzten Stunde.

In dem Augenblicke machte Emma die Tür auf, und hinter ihr stand die Tante. Sie war im glänzenden Ballkleide, Blumen im Haar, Blumenschleifen zu beiden Seiten. Ihr lächerliches Wohlgeruch aus, und wie mit Sternenglimmer umgab sie das weiße, silberstrenge Gewand. — Es ließ sich kaum eine lieblichere Erscheinung denken, als diese junge, schöne Frau, so reich geschmückt und so voller Lebenslust und voll Verlangen nach den Freuden, die ihrer warteten.

Als sie ihren Gatten erblickte, der noch immer in seinem grauen Rocke stand und nicht im geringsten festlich aussah, schlug sie ein lebhaftes Gelächter auf, das ein grelles Gegen-

Nur an diejenigen Anweisungen und Befehle halten, die hier in dieser Rücksicht durch Sr. Excellenz den Herrn Reichsmarschall Prinzen von Schmühl geworden sind.

„Meine erste Pflicht ist, für die Verpflegung der Meinem Kommando untergeordneten Truppen zu sorgen. Die kaiserlich-königliche Rairie der Stadt Lübeck wird einsehen, daß in dieser Rücksicht auch nicht ein einziger Tag Mangel stattfinden darf. Nur mit der größten Mühe habe ich es dahin gebracht, daß die Lieferungen zur Verpflegung der Armee fast bis Ende dieses Monats heilblieben. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß diese nicht einen Augenblick ins Stocken gerät. Die Sache ist im höchsten Grade pressant, und die obwaltenden dringenden Umstände erfordern die pünktlichste Herbeischaffung des der Stadt auferlegten Kostenaufwandes.

„Es würde Meinem Herzen sehr wehe tun, wenn ich, durch den Drang der Umstände genötigt, zu den kräftigsten Mitteln greifen müßte, um das zu erhalten, ohne welches alle Bande des Disziplin Meiner Truppen sich von selbst auflösen würden und namenloses Elend die Folge sein müßte.

„Es muß der Stadt selbst angelegen sein, diesem vorzubeugen, und ich muß durchaus darauf dringen, vor morgen vormittag 10 Uhr mit den Mitteln bekannt zu werden, durch welche ich noch am morgigen Tage die Summe erheben lassen kann, die der Kommande zu bezahlen auferlegt ist.

Der General  
en Chef des königlich-dänischen Auxiliarcorps  
gez. Friedrich, Prinz zu Hessen.“

Da es den Lübeckern unmöglich war das Verlangte zu leisten, wurden der Maire-Adjunkt Grabau, Inspektor Becker, Kaufmann J. Behrens, Dr. jur. Carstens, die Kaufleute Gaedert, Gütlichow, Sundlach und S. Hesse, Schiffer Heitmann, Kaufmann Johannsen, Bäcker Raven, Dr. M. W. Menge, die Kaufleute Negerstedt, H. M. Müller, Rieck und Reddelien, Steinhauer Reme, Schiffer Riegei, Korbmacher Schewell, Lohgerber Hinemann und die Kaufleute Sievers, Suckau und Uffhausen (sämtlich Mitglieder des Munizipalrats) verhaftet. Man hatte die Vorgenannten am 29. November auf die „Kriegsstube“ geladen, wo ihnen vom Unterpräfekten durch zwei Gendarmen die Mitteilung gemacht wurde, daß sie solange in der „Kriegsstube“ verbleiben müßten, bis die für die Verpflegung der Dänen erforderlichen 64 000 Frcs. herbeigeschafft wären, worauf die Türen verschlossen und der Korridor von einem Unteroffizier und sieben dänischen Soldaten besetzt wurde.

Der Maire-Adjunkt Grabau erließ hierauf folgende von den Munizipalräten in Abwesenheit des Maire v. Heinze beifolgende Bekanntmachung:

„Alle angewandten Bemühungen ungeachtet, ist es der Munizipalität nicht gelungen, den Erlaß der dieser Stadt auferlegten Bezahlung des Unterhaltes eines Teiles des königlich-dänischen Auxiliarcorps zu erfüllen. Die mehr in dieser Hinsicht aus neue die höchsten Befehle Sr. Durchlaucht des Prinzen General-Gouverneurs eingegangen, und die Verlegenheiten, welche aus dem längeren Ausbleiben der Bezahlung augenblicklich zu entstehen drohen, sind aufs höchste gestiegen. Wenn daher die Munizipalität die Verantwortlichkeit für die juristischen Folgen einer Unterbrechung des regelmäßigen Truppenverpflegungsdienstes nicht übernehmen darf, so sieht sie sich leider genötigt, die freiwillig im höchsten Maße bereits erschöpften Kräfte der Einwohner Lübeds noch einmal in Anspruch zu nehmen und hiemit einen außerordentlichen Tragetheil von sechs Mark für den einzelnen Anlag auszusprechen.

Die oben erwähnte dringende Lage der Dinge erheischt es zugleich, hiemit einen jeden Kontribuenten zur bestimmten Pflicht zu machen, seinen wüthen

Beitrag sogleich den zur Einfassung ernannten Bürgern mitzugeben, oder an dem nämlichen Tage in dem Bureau dieser Kommission abzuliefern, indem die an jedem Abend aufzugebenden Restanten mit militärischer Exekution werden belegt werden. Um die Bezahlung zu erleichtern, wird es jedem freigestellt, seinen Beitrag in Silberzeug, anstatt in barem Gelde, welches von dem beidigten Taxator des Leihhauses in Gegenwart des Eigners geschätzt wird, zu entrichten. Gewiß werden die Einwohner Lübeds jetzt noch das Beste zu thun, um ihre Bereitwilligkeit, sich den Befehlen der Regierung zu fügen, zu betätigen, und dadurch von der Stadt und von sich selbst die unabschließlichen Folgen gewaltsamer Einschreitungen abzuwenden.

„Zugleich muß inzwischen die Munizipalität auf nachdrücklichste daran erinnern, daß dieser außerordentlichen Leistung ungeachtet die Bezahlung der gewöhnlichen Tragetheile (diese betrugen vom 21. Juni bis 20. November so wie so schon 321 648 Mark 6 Schilling) so wenig, als der ungesäumte Abtrag der Rückstände sowohl dieser als der außerordentlichen Kontribution, nur irgend unterbrochen werden darf. Wenn leider auch schon in Beziehung auf die dringenden Zahlungen der Verpflegungskommission, sowie auf die Transportkosten der nach Hamburg zu expedierenden Gegenstände, wozu jene Rückstände angewiesen sind, höchst nachtheilige Verlegenheiten eingetreten sind, so wird jeder, welcher in jenen Hinsichten noch rückständige Zahlungen zu leisten hat, hierdurch verpflichtet, solche innerhalb zwei Tagen abzutragen, widrigenfalls auch diese durch sofortige militärische Exekution unfehlbar beigetrieben werden müssen.“

Der Erfolg war nur gering. Obwohl die zur Eintreibung der Steuern beordneten Bürger alle zu Gebote stehende Ueberredungskunst anwandten, konnte die total ausgepreßte Einwohnerschaft mit dem besten Willen nichts mehr hergeben. 10537 Mk 6 Schill. und etwas Silbergerät war die ganze Ausbeute, welche sich später auf 11 730 Mark 1 Schill. (17 500 Frcs.) erhöhte. Laßleimad war über den geringen Ertrag erboht und drohte, den Munizipalrat als Geißel nach Hamburg abzuführen zu lassen. Diese erließen am 2. Dezember von der „Kriegsstube“ aus eine weitere Bekanntmachung, in der es hieß:

„Der bisherige Ertrag des außerordentlichen Tragetheiles, welcher zum Behuf der Kosten der Verpflegung eines Teiles des königlich-dänischen Auxiliarcorps unterm 29. d. M. ausgesprochen worden, hat der Erwartung der höheren Militärbehörden keineswegs entsprochen. Obgleich die in dieser Beziehung persönlich verantwortlich gemachten Bürger sich den Maßregeln fügen müssen, mit welchen sie be droht werden, so sehr halten sie sich andererseits für verpflichtet, so lange es in ihren Kräften ist, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes zu sorgen. Zu dem Ende finden sie sich veranlaßt, in Voraussehung gleicher Gesinnung bei ihren sämtlichen Mitbürgern, noch einmal die Erhebung eines außerordentlichen Tragetheiles von sechs Mark für den einzelnen Anlag anzuordnen, welcher von morgen an, auf eben die Art, wie das vorige mal, wird erhoben werden. Sie halten sich überzeugt, daß die Beherzigung dessen, was die Kommune unter gegenwärtigen Umständen wahrhaft nötig ist, auch jetzt noch eine gleiche Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den allgemeinen Lasten bewirken und die Anwendung exekutiver Maßregeln überflüssig machen werde.“

Die Sammler fanden nur noch wenige Leute, welche Geld hergeben konnten und so brachte diese Sammlung nur noch 2189 Mark 5 Schill. und einiges Silberzeug, dessen Wert mit dem bei der ersten Sammlung erbeuteten Silberzeug zusammen circa 400 Mark betrug.

Eine Beschlagnahme der Warenbestände der Tuchhändler zwecks Equipierung polnischer Manen unterblieb, da der die Manen befehlige Obrist Brzeffka sich mit 155 Friedrichsd'or und 45 Napoleonsd'or von den Tuchhändlern bestechen ließ. Dagegen brachte der in Hamburg amtierende Gouverneur, General v. Hogenbörp, Lübeck in große Verlegenheit dadurch, daß er am 26. November den Befehl erließ, binnen 48 Stunden das dortige Zuchthaus zu räumen und die Inassen desselben nach Lübeck zu schaffen. Als Grund dieser Maßregel wurde die Einrichtung des Zuchthaus zum Militärhospital angegeben. Als die Gefangenen — ungefähr 200 — am Abend des 4. Dezember eintrafen, wurden sie, so weit der Raum reichte, im Zucht- und Spinnhause (das frühere Zuchthaus) untergebracht. Die meisten sperrte man in die Katharinenkirche ein, von wo mehrere trotz der auf den Straßen stehenden dänischen Militärposten aus den Fenstern entkamen.

Inzwischen waren aber die Franzosen zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie Lübeck vor den immer näher an die Stadt rückenden verbündeten Truppen nicht würden halten können. Sie versperrten den Eingang in die Trave, indem sie zwei in Travemünde liegende, zur Disposition der Marine gestellte Schiffe, mit Steinen beschwert, versenkten. Diese Maßregel hatte keinen militärischen Zweck, zumal Travemünde bald darauf von den dänischen Truppen geräumt werden mußte.

Die Entscheidung nahte. Der historischen Bedeutung wegen mögen hier die letzten Begebenheiten vor der Befreiung Lübeds nach der Aufzeichnung K l u g s wörtlich wiedergegeben werden:

„Nach dem Gefecht bei Mölln hatte die hanseatische Legion am 19. November Kantonnierungen in und um R a h e b u r g bezogen. Sie stellte ihre Vorposten bis gegen Mölln aus, und unter kleinen Wankeln verließ der Monat. Inzwischen hatte der Kronprinz von Schweden sich mit seinen Truppen über Celle und Uelzen der Elbe genähert; er überschritt am 29. November dieselbe bei Boizenburg und rückte am 2. Dezember auf Mölln und R a h e b u r g vor. Da inzwischen Frostwetter eingetreten und somit die auf das Wasser berechnete Verteidigungslinie hinter der Stecken nicht zu halten war, so hatten die Franzosen am 30. November Mölln verlassen und die Postierungen hinter der Stecken aufgegeben. Der Prinz von Schmühl überließ die Dänen ihrem Schicksal und verlegte sein Hauptquartier nach Bergeborf und von dort nach H a m b u r g. Das von den Franzosen verlassene Mölln wurde einstweilen von dem 1. Bataillon der hanseatischen Legion besetzt, während das 2. Bataillon und ein Teil der Kavallerie an die Stecken marschierte. Sie wurde überschritten und das 2. Bataillon marschierte am 2. Dezember nach Gröna, worauf 2 Kompagnien desselben eine in der Nähe des Grönaer Baums von den Dänen besetzte Schanze nahmen. Moisling wurde von einem Teile der Kavallerie besetzt. Am 4. Dezember marschierte das Bataillon nach Siebenhäumen, wo sich die Legion vereinigte und die russisch-deutsche Legion zu ihr stieß. Beide Korps blieben hier am folgenden Tage.

„Mittlerweile war der Kronprinz von Schweden in R a h e b u r g eingerückt und hatte sein Heer am 4. Dezember bei Gröna vereinigt. Er sandte den Oberstleutnant N e f a r s w ä r d mit einer Abteilung Truppen aller Waffengattungen auf das rechte Ufer der Wakenitz, um von der Burgtorseite Lübeck einzuschließen und Schwartau gegenüber eine Brücke über die Trave zu schlagen, damit den Dänen und Franzosen der Rückzug nach Holstein abgeschnitten werde; der übrige Teil der schwedischen Armee unter dem Marschall v. S t e d i n g e n ebt den Hilfstruppen, zusammen 20 000 Mann stark, rückte am 5. Dezember von Gröna aus der Stadt näher und stellte sich vor dem Mühlenort auf der damals bei E l s w i g s h o f befindlichen Heide in Brigaden auf, um nach Ankunft der Sturmleiter einen Angriff auf die Stadt zu unternehmen.

zu der Verwirrung bildete, die ihre dunklen Hände über die Augen des armen Doctors legte.

„Da sieht er wahrhaftig noch wie er war! rief sie. Er hat es vergessen und ist an den Wässern von Babylon bei denen, die da weinen.“

Bei ihrem hohen Gelächter und ihrer Spöttel machte Johannes eine gewaltige Anstrengung, ebenfalls zu lachen, und seine Augen tarnten sich freundlich auf und ruhten auf seiner schönen Frau. Wie hätte er ihr ein Wort sagen können, das alle diese Blumen und Fäden mit einem Satze auf und schwarz gemacht hätte? Nein, sie durfte nichts wissen, nicht in Angst und Schrecken gesetzt werden. Sie durfte nicht erfahren, was alle Freude, auf welche sie hoffte, plötzlich mit dem ihr getriebenen hätte. Es war wohl noch nur unzulässige Besorgnis, Täuschung oder doch Ueberzeugung, nach hinten er einen Blick auf die Leute richtete, gerade er darin bestärkt, denn sie schüttelte mit hoher Ueberzeugung den Kopf und sah ihn mit gebieterischer Würde an.

„Ich bin so beschäftigt gewesen, sagte er, und noch jetzt —“

„Im Gegenteile, sagte Frau von Gröna, es ist ziemlich spät.“

„Und was langst du nun an? rief Emma ein.“

Die junge Marie ähnte ohne Zweifel etwas hier vorgegangen war, und in Betracht aller Umstände schien es ihr vollständig möglich, wenn Johannes zu Haus bliebe. — Zur Strafe, sollte sie nehmen wir ihn nicht mit und lassen ihn bei den Schulmeistern. Kommen Sie also nach, mein Lieber, wir wollen Sie vorzeitig bei dem Schismat entzünden.“

„Das ist das Beste, ja, ja! rief der Doktor dankbarlich erheitert. Denn Ihre Worte, erheiterte sich.“

„Ich habe es nicht, sagte die schöne Frau, indem sie überdrüssig ihr anstarrte. So wollen wir gehen, da er uns die Erlaubnis gibt.“

„Da bist doch nicht böse? hat er nach ihrer Hand fallend.“

„Sie nicht, sagte sie ihm schweigend, ich denke hier neugierig zu sein. Unterhalte dich gut. Es gibt gewiß hier Gesprochen, die für Deine Unterhaltung sorgen werden.“

„Er blieb, um seinen letzten Lächeln auf den Lippen, bis sie ihn verlassen hatten. Sie hatte gefast, als bemerkte sie keine Hand nicht, sie hatte ihn gehalten, während sein Herz mit stürmischer Sorge um sie war, und dies Herz, das jetzt in großer, kalter Schläfer, ein Herz, das stumm und stumm ist.“

„Er hätte keine Finger, wie er es oft tat, wenn Hände in ihm war, sah auf seine Stirn, und so fand er ein kleines Herz, bis ein großartiges Gefühl wie eine Sonne nach ihm kam.“

„Er ist das gut, sagte die Stimme der Liebe in ihm. O! ich weiß: Er ist, ich weiß ja, wie gut sie ist. Sie wird froh

sein, sie wird keine Tränen vergießen, und morgen wird sie mir danken, morgen wird sie erfahren, warum ich lieber zu Haus blieb. Und nun — nun, mein Kind!

„Er ging hätte durch den Korridor und blieb dort horchend stehen. Der Wagen donnerte eben durch die Gasse, der die junge Mutter zum Salle führte, und mit dem Klirren der Fenster mischte sie, als er leise die Tür öffnete, das Klagen und Wimmern des kleinen Kranken. Die Lampe war verhängt, ein matter Schein fiel auf das Bettchen und auf Marie, welche daneben saß und kummervoll sich niederbeugte.

„Betroffen ängstlich schaute er darauf hin. Ist denn wirklich Gefahr? fragte er.“

„Gefahr, sehr große Gefahr, erwiderte sie.“

„Wo ist der Arzt? War er hier?“

„Soeben, ja. Er mußte uns wieder verlassen.“

„Was haben Sie in der Tasche?“

„Kokosnussöl, sagte sie.“

„Und was — was meint er?“

„Marie schweig. — Wenn der Krampf nicht nachläßt, klümpert sie endlich, je ist menschliche Hilfe vergebens.“

„Keine Hilfe! rief er mit gepreßter Stimme. Das kann nicht sein, das wird nicht geschehen! — Mein armes Kind! O, Emma! — Er dachte an sie, die in den Ballsaal geeilt war, an ihre Leiden, wenn der Morgen kommen würde, wo alles hier still sei, und er zitterte sich zitternd an dem Schmerzenslager nieder und blinzelte auf das fieberberstige, röchelnde Kind mit der Trostlosigkeit und dem Grauen eines Vaters.“

„Es ist nicht alles verloren, sagte Marie. Ich habe Beispiele erlebt, wo die Ärzte alle Hoffnung aufgegeben hatten, und dennoch half die kräftige Natur. — Das Kind ist in großer Kurze, wir müssen es aufnehmen, ihm die Medizin einzufüllen lassen.“

„Ich will es tragen, erwiderte er, geben Sie es mir.“

„Sie legte es in seinen Gehüll in seinen Arm und bemühte sich mit unendlicher Mühe, ihn die fest zusammengepreßten Saumen zu öffnen. Es wollte nicht glücken; ein heftiges Schlingen stellte sich ein, das kleine Gesicht verzerrte sich im Krampfe.“

„Da lag es auf seinen Knien, und länger als eine Stunde taute Marie vor ihm, in immer neuen Krühen um das fliehende Leben eines Kindes. Die Wärterin ließ weinend und leuchtlos stehen, er selbst sah, wie der Tod sich immer deutlicher seiner Seite bemächtigte, nur sie hörte nicht auf zu hoffen und immer wieder zu versuchen, was helfen würde. — Der Arzt hatte gesagt, daß nichts mehr zu erwarten sei, daß der Jahreiz die Krämpfe tödlich machen würde, und daß ein Hirnschlag das Ende sein werde. Je mehr die Pulse flogen, die brüchenden Rippen zitterten, die Muskeln und

Augen juckten, um so unheimbarer näher rückte die Minute der Vernichtung.“

„Es stürzt! sagte er endlich aus tiefster Brust. Mein liebes Kind! welche Qualen, welche ohnmächtige Qualen!“

„Sie nahm es aus seinen Armen und preßte es an ihre Brust. In inbrünstiger Zärtlichkeit und mit einem Ausdruck, als samme sie ihre Kraft darin, blinzelte sie den Knaben an. Wirklich hob sie den Kopf auf. Geben Sie mir das Blut dort, sagte sie, wir müssen es versuchen. Nehmen Sie das Licht und leuchten Sie mir, ich fühle mit meinem Finger den scharfen Zahn, und mir ist es so, als wäre dies die einzige mögliche Hilfe.“

„Ohne zu wissen, was sie beabsichtigte, erfüllte er ihr Begehren; aber er geriet sehr in Bestürzung, als er sah, daß sie ein kleines, aber scharfes Messer aus dem Etui zog und es öffnete.“

„Was wollen Sie tun? fragte er.“

„Leuchten Sie ganz dicht heran, erwiderte sie. Ich mache einen Schnitt durch das Zahnfleisch.“

„Ihre Entschlossenheit wirkte auf ihn zurück. Das Kind lag leblos in ihrem Schoß. Wie sie mit fester Hand das Messer einsetzte, zuckte es zusammen und tat einen jähen, schmerzlichen Schrei. Das Blut floß aus seinem Munde über ihre Hand fort; sie ließ sich dadurch nicht abhalten, noch einen Schnitt zu tun.“

„O, du mein Gott! rief die Wärterin, das ist sein Tod! Was haben Sie getan? — Das ist sein Tod!“

„Schweigen Sie still, antwortete Marie. Warmes Wasser, warme Schwämme! Her damit, geschwind!“

„Eben kehrte der Arzt zurück. Erwundert ließ er sich den Gergang erzählen, und nachdem er eine Zeitlang das Kind beobachtet hatte, sagte er Mariens Hand drückend: Sie sind ein Kollege, vor dem man Hochachtung bekommen muß, denn mit größerer Geschicklichkeit und größerem Mute hätte niemand eine solche Operation machen können. Wie war es möglich? Wie sind Sie darauf gekommen?“

„Ich weiß es nicht, erwiderte sie. Allein es war mir so, als könnte es allein noch helfen, und — es wird helfen! Ich habe bestimmt hinzu, indem sie ihre Stimme und ihre Augen erhob.“

„Der Arzt ordnete Mittel an zu vermehrten Ableitungen, endlich aber sprach er bestimmt aus, daß eine wohlthätige Krüppel eingetreten sei, und wiederholte, daß der Kühne Entschluß Mariens ohne Zweifel das Leben des Kindes in der entscheidenden Minute gerettet habe. Das Fieber nahm ab und Schlaf trat ein, er hoffte davon das Beste, nur sollte die größte Aufmerksamkeit beobachtet werden.“

(Fortsetzung folgt.)

„Hier (in der Stadt) war den auf der Kriegsstube gefangenen Munizipalräten und Notabeln (vornehme Leute) in der Nacht vom 3. auf den 4. Dezember durch einen Leutnant der Gendarmen angekündigt, daß zwölf der Gefangenen als Bürgen für die Ruhe der Stadt nach Hamburg abgeführt werden sollten. Es waren außer dem Maire-Adjunkt Grabau der Kaufmann Behrens, der Dr. Carstens, die Kaufleute Gaederh, Gütschow und Haffe, der Schiffer Heitmann, der Dr. Menze und die Kaufleute Meyersied, Prieß, Reddelien und Sievers. Diejenigen unter diesen Zwölfen, welche in ihren Häusern bewacht wurden, holten Gendarmen sofort aus dem Bette. Der hochbejahrte Dr. Carstens fühlte sich zu dieser Reise zu schwach; daher erbat sich sein Sohn, der Notar Carstens, an seine Stelle zu treten, womit die Franzosen zufrieden waren. Die nach Hamburg transportierten konnten dort unter Bewachung in dem Gasthofe Stadt St. Petersburg für ihr Geld logieren; auch durften sie in Begleitung von Wache in der Stadt umhergehen. Sie fanden bei mehreren angesehenen Bürgern Hamburgs viele Teilnahme. Bald nach der Befreiung Lübecks ließ auf Verwendung Cabans der Prinz von Camühl ihnen durch einen Adjutanten ankündigen, daß ihrer Rückkehr dorthin nichts im Wege stehe, worauf sie am 14. Dezember bei den Ihrigen wieder eintrafen.

„Inzwischen hatte Callemann den Alarmzustand proklamiert, da er bei einem Angriffe der Verbündeten, welchen er jeden Augenblick zu erwarten Ursache hatte, von den zur Verzweiflung gebrachten Bewohnern Lübecks das schlimmste für seine Truppen befürchtete. Doch erkannte er bald, daß ein solcher Zustand auf die Länge ohne großen Nachteil für die Verpflegung seiner Truppen nicht fortbauern könne. Daher ließ er am 4. Dezember durch den Maire-Adjunkt Meyersied die Einwohner benachrichtigen, daß der Alarmzustand wieder aufgehoben sei und daß jedermann seinen gewöhnlichen Geschäften ungehindert nachgehen könne. Doch sollten bei Strafe der Verhaftung nicht mehr als zwei Personen in den Gassen und auf den öffentlichen Plätzen, besonders wenn daselbst Truppenbewegungen stattfinden würden, zusammenstehen; auch sollten, ebenfalls bei Strafe der Verhaftung, unter keinem Vorwande Kinder sich auf den Gassen sehen lassen. Sobald indessen das Alarmzeichen durch Kanonenschüsse oder durch den Generalmarsch gegeben werde, sei jeder verpflichtet, sofort nach Hause zu gehen. Gleichzeitig wurde bis auf weiteres bei Todesstrafe verboten, mit den Glocken zu läuten oder mit denselben bei einer Feuersbrunst Hilfe zu geben; auch die Betglocke sollte nicht gezogen werden.

### Aus der Partei.

**Presseprozeß.** Zu 50 M. Strafe wurde vom Schöffengericht Leipzig Genosse Liewmann als verantwortlicher Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ verurteilt, weil in unserem Leipziger Parteiblatt ein nicht organisierter Steinarbeiter als „feinere Person“ und „strickförmiger Staatsanwaltschlingel“ bezeichnet worden war. — Eine scharfe, aber gerechte Kritik hatte die „Nordhäuser Volkszeitung“ an der Brä eivadagogik geübt, die der Redaktion aus einigen Orten des Verbreitungsgebietes gemeldet worden war. Es erfolgte Anklage, und obwohl der Wahrheitsbeweis lückenlos erbracht wurde, kam das Gericht doch wegen formaler Verleumdung zu einer Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs, Genossen Wabst, zu 300 Mark Geldstrafe.

**Abgewiesen.** Die recht zweifelhaften Erfolge verschiedener Polizeibehörden gegen den Arbeiterturnerbund haben auch der Polizei in Hannover schwinden keine Ruhe gelassen; sie wollte partout auch den Mündener Verein Freie Turnerschaft für politisch erklären lassen. Erst wurden das Vereinsstatut und das Mitgliederverzeichnis eingesehen, und als der Vorstand dieselbe ungehörige Verlangungen ablehnte, erging ein Strafmandat in Höhe von 15 M. Dem Verteidiger war es aber ein leichtes, die Beweisführung der Polizei zunichte zu machen, und so kam denn auch das Schöffengericht zu einer Freisprechung.

**Die neue Humanität.** Am Sonnabend ist das Zentralorgan unserer französischen Bruderpartei zum ersten Male sechsseitig herausgegeben. Damit ist der erste große Schritt zum Ausbau der „Humanität“ getan. Wenn das Versprechen, das die Leitung der „Humanität“ gegeben hatte, so rasch erfüllt werden konnte, so liegt das daran, daß eine von ihr ausgeschriebene Anleihe von 200 000 Franken innerhalb sechs Monaten überzeichnet wurde. Schon die Ankündigung der Vergrößerung des Blattes hat bewirkt, daß das Blatt in der letzten Zeit mehrere Tausende neue Abonnenten erhalten hat. Der gesamte Redaktionsdienst hat eine Reorganisation erfahren. Die „Humanität“ beschäftigt nun im ganzen 28 Redakteure. Außerdem arbeiten eine große Anzahl von bekannten Genossen, wie Sembat, Bracke, Maurice, Willard, Dubreuilh, Gachin, de Pressensé regelmäßig mit. Die Gesamtleitung behält Jaurès, der täglich eine kurze Übersicht schreibt. Um der Neuorganisation auch äußerlich Ausdruck zu verleihen, ist die „Humanität“ vor wenigen Tagen aus ihrem bisherigen, etwas dürftigen Lokal in der Rue Croissant in statlicheren Räume, die in der Rue Montmartre 142 liegen, umgezogen.

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Vertragsverhandlungen im Holzgewerbe werden wieder aufgenommen. Seit dem 16. Januar, an welchem Tage die Unternehmer durch ihr für die Arbeiter unannehmbares Ultimatum die Verhandlungen zum Scheitern gebracht haben, ist in beiden Lagern mit der unabwendbaren Tatsache des Kampfes am 15. Februar gerechnet worden. Es soll nun aber nochmals der Versuch gemacht werden, die Verhandlungen fortzusetzen, und zwar hat Herr v. Berlepsch, der im Jahre 1908 schon einmal mit ziemlichem Erfolge im Holzgewerbe als Vermittler und Schiedsrichter gewirkt hat, hierzu die Initiative ergriffen. Auf eine Anfrage des Herrn v. Berlepsch an beide Parteien, ob unter seiner Leitung eine weitere Verhandlung stattfinden könne, ist von den Arbeitern sowohl wie von den Unternehmern eine zusage Antwort erteilt worden. Das hat dazu geführt, daß durch Herrn v. Berlepsch die Parteien zur Fortsetzung der Verhandlungen für den 3. Februar eingeladen worden sind. — Ob sich dabei über die zwischen den beiderseitigen Organisationen bestehenden grundsätzlichen Streitpunkte eher als bisher eine Einigung erzielen lassen, muß abgewartet werden. Daneben ist aber auch in den materiellen Fragen noch nicht die geringste Annäherung zu verzeichnen, und wenn die Unternehmer der einzelnen Orte sich nicht bald dazu bequemen, den

Arbeiter das nötige Entgegenkommen zu zeigen, werden leider auch die Bemühungen unparteiischer Vermittler den Ausbruch des Kampfes nicht zu verhindern vermögen.

**Zur Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt.** Die letzten Verhandlungen haben am 28. und 29. Dezember stattgefunden. Der Unternehmerverband gab die Erklärung ab, daß die Frage über die Einführung der Nachruhe geprüft und vorbereitet werden sollte durch eine gemeinsame Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden. Die feste Regelung der Arbeitszeit sollte mit Beginn des Jahres 1914 erfolgen. Außerdem wurde zugesagt, daß die Lohnfrage und die übrigen Punkte in Gruppenverhandlungen ihre Erledigung finden würden. Der Transportarbeiterverband hat dann am 13. und 14. Januar beschlossen, die Vorschläge des Unternehmerverbandes über die Maßnahmen, die der Einführung der Nachruhe dienen sollen, zu akzeptieren. Soweit die angeforderte Lohnzulage von 5 M. in Betracht kommt, ist diese jedoch nur in der Lage, die Schiffsmannschaften von der Elbe zu befriedigen. Die Mannschaften von der Oder bestehen nachdrücklich auf eine höhere Zulage. Dies ist erklärlich und berechtigt, denn der Lohn zwischen Elbe und Oder differiert um 15 M. Wird die nächste zentrale Verhandlung, die am 28. Januar in Berlin stattfindet, eine endgültige Lösung und Bestätigung über die Nachruhe bringen, so ist die Annahme berechtigt, daß über die noch ausstehenden Punkte, soweit die Elbe in Betracht kommt, eine Einigung erzielt wird. Auf der Oder sind die Differenzen größer; außer der Lohnerhöhung wird eine Verfüzung der Arbeitszeit um eine Stunde gefordert und außerdem die Bezahlung der Sonntagsarbeit. Die Ortsgruppe Oder des Unternehmerverbandes hat nun in den letzten Tagen Maßnahmen ergriffen, die eine Verschärfung der Lage auf der Oder herbeigeführt haben. Die Unternehmer haben, ohne die von ihnen selbst angekündigte Gruppenverhandlung abzuwarten, die Lohnsätze für die nächste Schiffsfahrtsperiode festgesetzt. Außerdem haben sie, ohne die nächste zentrale Verhandlung abzuwarten, Bestimmungen über die Erhebungen getroffen, die mit der Erklärung des Unternehmerverbandes und der hierzu gegebenen Begründung im Widerspruch stehen. Die Mannschaften sind hiermit natürlich nicht einverstanden und es herrscht unter den Schiffsfahrern auf der Oder eine außerordentliche Erregung. Auch die Privatschiffer haben sich zum Teil gegen die Forderungen der Mannschaften ausgesprochen und mit dem Unternehmerverband Fühlung genommen. Es hängt also von der Stellung der Unternehmer in der nächsten zentralen Verhandlung am 28. Januar ab, ob es zum Kampf kommt oder nicht. Würdigen die Unternehmer das Entgegenkommen der Mannschaften nicht und sind sie nicht ernstlich bestrbt, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen, so ist der Kampf unvermeidlich.

**Die sozialdemokratische Koalitionsfreiheit.** Bei der Hehe, die die Schanzmacher augenblicklich besonders stark gegen das Koalitionsrecht treiben, wird der bürgerlichen Presse eine Meldung aus Frankfurt a. M. über Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit durch Gewerkschafter willkommen sein. Näht sich doch die „Köln. Ztg.“ in ihrer Nummer 90 vom 24. Januar unter der Überschrift, die wir dieser Notiz vorangestellt haben, schon in zwei ausführlichen Telegrammen über das „unehörte Verbrechen“, daß Angehörige der freien Gewerkschaften gegen einen National-Gewerkschafter begangen haben sollten, berichten. Der Fall hat die Öffentlichkeit schon einmal beschäftigt. Im November vorigen Jahres legten einige Zimmerer bei einem Frankfurter Baugeschäft die Arbeit nieder, weil sie mit einem Kameraden nicht zusammen arbeiten wollten. Die Mitglieder des Zimmererverbandes warfen ihm u. a. vor, Streikbruch begangen zu haben; als Polier auf einer anderen Arbeitsstelle hat er übermäßig angetrieben und das Ueberstundenwesen gefördert und gegen den Verband gearbeitet, indem er die Zimmerer zum Verlassen der Gewerkschaft zu bewegen suchte. Die früheren Arbeitgeber entließen Rupp (so heißt der Mann), um die anderen Zimmerer zur Weiterarbeit zu bewegen. Aus diesem Vorgang machten im November die Fortschrittler einen Terrorismusfall der Sozialdemokraten, den sie in ihrer Agitation bei den Stadtverordnetenwahlen, die damals in Frankfurt geführt wurden, breit und entstellend behandelten. Auch in der Stadtverordnetenversammlung wurde in zwei Sitzungen ausführlich der Fall Rupp behandelt. Die Stadtverwaltung wurde veranlaßt, eine Untersuchung vorzunehmen, wozu den Grund die Tatsache bot, daß in Frankfurt a. M. Arbeiter der Stadt nur an solche Unternehmer vergeben werden sollen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkennen. Die Untersuchung ergab — das muß zunächst festgehalten werden —, daß nur der Bauführer die Behauptung aufstellte, die Zimmerer hätten wegen der politischen Agitation Rupp nicht mit ihm zusammen arbeiten wollen. Dieser Befundung eines Mannes standen die Aussagen von zehn Zimmerern gegenüber, daß die Weigerung des Zusammenarbeitens nur auf das Verhalten gegen die Gewerkschaft zurückzuführen sei, und daß in den ganzen Verhandlungen die angebliche politische Agitation Rupp mit keinem Worte erwähnt sei, weil sie den Kameraden gar nicht bekannt war. Es ist direkt das Gegenteil der Tatsachen, wenn die „Köln. Ztg.“ in ihrem Bericht behauptet, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten bei den Debatten im Stadtparlament die Mitglieder des Zimmererverbandes preisgegeben hätten. Sie konnten und haben mit guten Gründen, auch unter Berufung auf Brentano, das Recht der Gewerkschafter verteidigt, nicht mit jedem Kollegen zusammenarbeiten zu wollen. Wenn jetzt auch Zimmerer bei der Firma Holzmann, die Rupp eingestellt hat, die Arbeit niedergelegt haben, um nicht mit diesem zusammen zu arbeiten, so nehme sie nicht mehr für sich in Anspruch, wie die Angehörigen anderer Berufe auch tun. Diesen Standpunkt haben die Vertreter des Verbandes auch in der Schlichtungskommission vertreten und sie haben die Mitwirkung bei der Sitzung des Schiedsgerichts, dessen Entscheidung der Arbeitgeberverband anrufen hat, abgelehnt. Sie behaupten mit Recht, daß das Verhalten ihrer Kameraden keinen Verstoß gegen den Tarifvertrag bedeute und daß sonach von einer Sperre des Verbandes gegen die Firma Holzmann nicht die Rede sein könne. Die anderen Arbeiterbesitzer des Schiedsgerichts, die Vertreter des Bauarbeiterverbandes und der christlichen Organisation erkannten den Standpunkt der Vertreter des Zimmererverbandes als berechtigt an und lehnten ihre Beteiligung an der Schiedsgerichtsverhandlung ebenfalls ab. Wenn trotzdem das Schiedsgericht, das nur aus dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und dem Vertreter der Unternehmerverbände bestanden hat, den Zimmererverband zur Aufhebung der gar nicht angeordneten Sperre verurteilt hat, so ist das ein Fehlurteil. Mit der Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit durch die Zimmerer ist es also nichts. Sie weigern sich nicht, mit Rupp zusammen zu arbeiten, weil er Mitglied des Frisch-Dunderschen Verbandes ist, sondern weil er gegen die Interessen der Arbeiter mehr als einmal gefrevelt hat.

**Nach dem Streit im Saarrevier.** Durch die Zentrums- presse geht eine Notiz, überschrieben: „Die beunruhigenden Genossen im Saarrevier“. Darin wird mitgeteilt, daß am 19. Januar die sozialdemokratischen Agitatoren Leimpeters, Köppler, Schmidt, Beder und Konforten des Saarrevier durchzogen, um Mitgliederfang im großen Stil zu betreiben. Daß diese Tätigkeit den Herrschaften vom christlichen Gewerbeverein unangenehm ist, erscheint verständlich. Ihr Haß darüber weiß ich nur in Verlogenheit Luft zu machen. In der Notiz heißt

es, daß in Guldensbach angeblich das Lokal verweigert wurde und Köppler trotz gewesen sein müßte, daß er dort nicht zuredebrauchte, denn man würde ihm nicht zu knapp mitgespielt haben. Das Lokal ist nun nicht angeblich, sondern tatsächlich verweigert worden. Der Wirt zog sein gegebenes Wort zurück. In dem Dorfe hat noch nie eine Versammlung einer freien Gewerkschaft stattgefunden. Von der Kanzel herab ist darum auch des Morgens gegen die Versammlung gewettert und vor dem Besuch gewarnt worden. Trotzdem hatten sich einige hundert katholische Arbeiter zur Versammlung eingefunden. Nicht gering war ihre Enttäuschung, als Köppler mitteilte, daß der Wirt den zur Ueberwachung entsandten Gendarmen aufforderte, ihm beihilflich zu sein, damit das Stattfinden der Versammlung verhindert werde. Als Köppler sagte, so verfährt man, um zu verhindern, daß ihr betrogenen Bergleute die Wahrheit erfährt, durch brauste ein stürmisches „Sehr richtig!“ den Saal. So wurde Köppler mitgespielt. Auch zogen noch mindestens 150 Bergleute mit nach einem anderen Lokal, um den Versuch zu unterstücken, ob dort die Versammlung nicht stattfinden könnte. Wenn jemand so „mitgespielt“ wird, kann er seine heile Freude daran haben. Ebenso verlogen wird von einer Versammlung in Altkessel, wo Leimpeters referierte, berichtet. Es heißt da in dem Bericht: „Nachdem Leimpeters gehörig zugelegt und von dem Gewerkschaftssekretär Jochenhöfer ein bonnendes Hoch auf den Gewerkschaften ausgebracht worden war, ließen die Gewerkschaftler Leimpeters mit seiner Rolle allein. Diese suchten nach außen hin Effekt zu machen indem Ausnahmen markiert wurden.“ Wie ist nun der wirkliche Hergang? Ein halbes Duzend Großflappen war in der Absicht gekommen, die Versammlung zu sprengen. Das gelang nicht. Die Bergleute forderten die störenden Gewerkschaftsagitatoren energisch zur Ruhe auf. Das half. In der Diskussion meldeten sich nacheinander sechs Großflappen zum Wort, um die Ausführungen des Referenten zu entkräften. Ansonst! Als Jochenhöfer ausführte, daß, wenn die Bergverwaltung die Versprechungen nicht halten würde, dann würde der Gewerkschaften auch noch da, durchbraute eine Lauffalbe den Saal, die den Redner ganz verduzt machte. Jochenhöfer forderte dann, als L. das Schlußwort erhielt, seine Anhänger auf, den Saal zu verlassen, aber es folgte ihm niemand. Ein große Zahl Mitglieder des Gewerkschafts traten zum Verhandeln über und gründeten sofort eine Zählstelle. Die Saarbergleute haben zum großen Teil erkannt, daß sie vom christlichen Gewerkschaften an der Nase herumgeführt wurden und nun sie diesem den Rücken kehren, kennt die Mut der christlichen Führer keine Grenzen.

**Wie Streikprozesse entstehen.** Während drei Streiks im Stahlwerk Deking in Düsseldorf wurden drei streikende Formwer wegen Körperverletzung eines Arbeitswilligen in Untersuchungshaft genommen, später wieder freigelassen, dann aber wegen Körperverletzung und Streikvergehen unter Anklage gestellt. Sie sollten einen Arbeitswilligen, der in einer Wirtschafft mit einem großen Schlächtmesser erschienen war, späte auf der Straße überfallen und mißhandelt haben. Vor Gericht bestritt der als Zeuge erschienene Arbeitswillige, die drei als die Täter bezeichnet zu haben. Er habe lediglich bei der polizeilichen Vernehmung auf die Frage, wer denn in dem Lokale gewesen sei, die drei Formwer mit Namen genannt, sonst aber keinerlei Beschuldigungen gegen diese erhoben. Leider gab die Verhandlung keinen Ausschluß darüber, wie die Anklage zustande gekommen ist. Der Anklagevertreter beantragte kurzerhand Freisprechung; das Gericht erkannte demgemäß. Die unschuldig Inhaftierten werden Antrag auf Schadenersatz für den durch die Untersuchungs- haft erlittenen Schaden stellen.

**Von der Neutralität der evangelischen Arbeitervereine.** Die freien Gewerkschaften werden von ihren Gegnern bei jeder Gelegenheit als sozialdemokratisch, als nicht neutrale Gewerkschaften bezeichnet; sie selbst blähen sich mit ihrer Neutralität auf. Wie in Wirklichkeit diese Neutralität aussieht, dafür folgender Beweis. Der Evangelische Arbeiterverein Essen-Nord versendet an diejenigen seiner Mitglieder, die bei der letzten Stadtverordnetenwahl ihre Stimme dem sozialdemokratischen Arbeitervertreter gaben, folgendes hektografiertes (!) Zirkular:

„Da Sie bei der letzten Stadtverordnetenwahl Ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten gegeben haben, können wir Sie nach § 4 unter Ausnahmsbedingungen, Absatz c, in welchem es heißt: „Die Mitglieder, welche durch Wort und Tat als Sozialdemokraten befehen nicht Mitglieder eines evangelischen Arbeitervereins sein noch bleiben“ nicht mehr als unser Mitglied betrachten und hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 5. Januar einstimmig beschlossen, Sie aus unserem Verein auszuschließen, was wir Ihnen hiermit mitteilen. — Nach § 4 letzter Absatz steht Ihnen jedoch innerhalb 4 Wochen die Beschwerde an die Generalversammlung zu und kann diese über den Ausschluß endgültig entscheiden.“

Der Vorstand. J. A. Adolf Vagenher.

Das Vorgehen der Christenmenschen hat im vorliegenden Falle die Wirkung, daß der bereits über 3 Jahre dem Evangelischen Arbeiterverein angehörende Arbeiter Mitglied einer freien Gewerkschaft und der Sozialdemokratie geworden ist. In übrigen kann dieses Vorgehen auch als ein interessanter Beitrag zu dem sonst der Sozialdemokratie nachgesagten Terrorismus bei öffentlichen Wahlen bezeichnet werden.

**Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Schneidergewerbe im Jahre 1912.** Im Jahre 1912 fanden im Schneidergewerbe 226 Lohnbewegungen an 283 Orten statt an denen 3433 Betriebe mit 31 577 beschäftigten Personen beteiligt waren. Von diesen Bewegungen verliefen 68 mit 9266 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung, 42 mit 8797 Beteiligten waren Angriffsstreiks, 11 mit 423 Beteiligten waren Abwehrstreiks und 105 mit 17 816 Beteiligten waren Ausperrungen. Der Verlust an Arbeitszeit betrug bei den Angriffsstreiks 134 209 Tage, bei den Abwehrstreiks 4901 und bei den Ausperrungen 100 843, zusammen demnach 289 953 Tage. Einen Verlust an Arbeitsverdienst hatten die Beteiligten in Höhe von 1 345 711 Mark. Durch Vergleich wurden die Bewegungen beigelegt in 221 Fällen. Die Verhandlungen wurden geführt: In 8 Fällen zwischen den Beteiligten direkt, in 7 Fällen durch die Vertreter des Schneiderverbandes, in 137 Fällen durch die Hauptvorstände der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen unter Leitung von Unparteiischen. Das Kollegium der Unparteiischen bestand aus den Herren: Magistratsrat v. Schullz-Berlin, Gewerbegerichtsdirktor Dr. Brenner-München und Magistratspräsident Dr. Hiller-Frankfurt a. M. Von den gesamten Lohnbewegungen waren 210 mit 26 143 beteiligten Personen erfolgreich, 3 Bewegungen mit 439 Beteiligten teilweise erfolgreich und 7 Abwehrstreiks mit 188 Beteiligten waren erfolglos. Bei diesen Bewegungen wurde eine Verfüzung der Arbeitszeit erreicht für 3687 Personen um wöchentlich 12 530 Stunden, das sind über 3 Stunden pro Person. An Lohnerhöhungen wurden erreicht für 19 890 Personen 50 859,20 Mark wöchentlich oder 2,56 Mark pro Person. Außerdem erreichten 3255 Personen die Bezahlung von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit und sonstige Vergünstigungen im Arbeitsverhältnis. Bei den erfolgreich beendeten Abwehrbewegungen sind neben der Abwehr von Verschlechterungen noch für 247 Personen Vergünstigungen eingetreten. Der Verband verausgabte für die Lohnbewegungen 532 806 Mark.

# Soziales.

### Die Kostfrage der Schauspielerinnen.

Während die Delegierten des Bühnenervereins bei den Beratungen über den Entwurf zum Reichstheatergesetz den Forderungen der Schauspieler gegenüber ein erfreuliches Entgegenkommen zeigten, laufen die Mitglieder des Bühnenervereins in der Provinz Sturm gegen Bestimmungen dieses Entwurfs, deren Berechtigung in der Konferenz von niemand abgestritten worden war. Vor allem haben es die Forderungen des Frauenkomitees einigen Theaterdirektoren angetragen, und wenn die Schauspielerinnen für die Zukunft die Lieferung aller Kostüme sowie der dazu gehörigen Verleihen und des Schutzwerks als eine Selbstverständlichkeit betrachten, da diese Dinge gewissermaßen das Handwerkzeug des Künstlers bilden, das, wie in allen anderen Berufen, auch im Theaterbetrieb vom Unternehmer gestellt werden müsste, so führt der Theaterdirektor dadurch schon seinen Ruin herbeigeführt, und sieht sich im Geiste bereits den Konkurs anmelden. So schreibt ein kleiner Theaterunternehmer aus der Provinz an eine Berliner Zeitung, daß die Erfüllung der Forderungen, wie sie von Seiten der Schauspieler aufgestellt werden, vor allem für die Leiter von Sommerbühnen unmöglich wäre, die etwa zwei bis drei Monate spielen. An diesen Bühnen besteht nach seiner Angabe das Chorpersonal aus 16 Damen, das Solopersonal aus mindestens 4 Damen. Und da, vor allem bei den Operetten, von denen die Sommerbühnen in der Hauptsache zehren, das Kostüm in jedem Akt gewechselt werde, so hätte der Direktor bei einer dreitägigen Operette etwa 50 bis 60 Kostüme zu stellen. Da außerdem aber das Repertoire an solchen Bühnen ein sehr abwechselndes sein müsse, so könnte der Unternehmer künftighin mit den Anschaffungskosten für 500 bis 600 Kostüme rechnen. Ein Winterdirektor sei wenigstens in der Lage, den angeschafften Fundus eine geraume Zeit auszunutzen, der Sommerdirektor könne das unter keinen Umständen, und die Folge würde sein, daß eine Reihe von Bühnen insstücken müßten. Diese Darstellung ist bezeichnend für die Art, wie jetzt schon gegen die Ertragsmindernde Stimmung gemacht wird, deren Umfang und Grenze noch längst nicht durch Gesetz bestimmt sind. Die Auslassungen jenes kleinen Theaterdirektors aus der Provinz bezüglich der drohenden Lieferung aller Kostüme für die weiblichen Bühnemitglieder treffen zudem so wenig die allgemeine gültigen Verhältnisse, daß sie nicht unwiderprochen bleiben dürfen. So spricht er von 16 Chordamen, mit denen ein kleines Unternehmen zu rechnen habe, während unseres Wissens diese Zahl bei kleinen Verhältnissen nicht zur Hälfte vorkommt. Der Direktor sieht seinen Ruin vor Augen, wenn die Damen ihre Kostüme in Zukunft geliefert bekommen; die Schauspielerinnen aber können sich getroßt für ihre täglich und fünfundsiebzig Mark Gage pro Monat (wenn sie überhaupt so hoch kommen) die ihnen vom Regisseur vorgeschriebenen drei Kostüme für den Abend selbst anschaffen. Die werden dadurch nicht zum „Konkurs“ getrieben. Nun ist es ja ein Umstand, die Behauptung aufzustellen, daß diese Kostüme immer neu und von besonderer Art sein müssen. Im allgemeinen kann man annehmen, daß sich mit nicht allzuviel Geld aus einer Garnitur Säuerinnen-Kostüme durch Befügung anderer Hüden, Schürzen, Nieder usw. eine ganze Anzahl neuer Nationaltrachten herstellen lassen. Das die von den Direktoren gelieferten „gegen“ auch von allen Damen getragen werden, vorausgesetzt, daß sie hygienisch sauber gehalten werden, dafür wird das immer mehr entwickelnde Selbstbewußtsein der Bühnengedehrigten Sorge tragen und Bürgschaft leisten. Die Mehrzahl der Frauen am Theater hat heute die ernste Absicht, dem angebotenen Luxus zu harrern und zugleich eine Unterordnung unter die Regiebestimmungen für das einheitliche Bühnenbild anzunehmen. Das unfehlbare und aufwändige Herumreisen einzelner — von anderer Seite — gut dotierter Mitglieder soll verhindert werden. Das Publikum wird dann wissen, daß alle Kostüme von den Bühnengedehrigten geliefert sind. Damit fällt die Verantwortung für die gelieferten „gegen“ lediglich auf das Haupt der Unternehmer. Das Arbeitsgesetz hat der Unternehmer vorzuleisten — dieser selbstverständliche Grundsatz soll endlich auch auf Theater Anwendung finden.

## Aus dem Gerichtssaal.

### Ein Hauptmann vor dem Oberkriegsgericht.

Am 23. Dezember v. J. wurde vom Kriegsgericht der 7. Division der Hauptmann Krebs, 3. Komp. 165. Inf.-Reg., in Duedlinburg wegen vorläufiger Behandlung und Beleidigung von Untergebenen zu 10 Tagen Stubenarrest verurteilt. Obwohl die damalige Anklage wegen Mißhandlung Untergebener erhoben wurde, erblühte das Kriegsgericht in den Handlungen des Hauptmannes nur eine vorläufige Behandlung. Gegen das erstinstanzliche Urteil hatte nun der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weshalb die ganze Angelegenheit noch einmal vor dem Gericht höherer Instanz, dem Oberkriegsgericht, verhandelt wurde. Am Freitag fand die Verhandlung wieder wie in erster Instanz unter völliger Ausschließung der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete diesmal dahin: Hauptmann Krebs wird wegen Mißhandlung und Beleidigung von Untergebenen in mehreren Fällen zu vier Wochen Stubenarrest verurteilt. Die Begründung des Urteils erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung.

### Wilde Richter — strenge Richter!

Von dem anmähenden Zustehen der Studentenenschaft gegen die Polizei bei nächtlicher Ausschweifungen legte wieder eine Schöffengerichtsverhandlung Zeugnis ab. Die gegen den hies. med. Strahlmann in Halle a. S. stattfand. In einer Sommernacht vorigen Jahres waren eine Anzahl Kommilitonen auf dem Marktplatz erschienen und hatten Unfug verübt. Als Str. wiederholte: „Schumann! Hilfe!“, wurde er von der Polizei schließend festgenommen und nach der Wache gebracht. Seine Freunde, die ihn begleiteten, schrien: „Wilhelm, reiß aus!“ Auf der Wache warf er die Papiere durcheinander und behielt den Hut auf dem Kopfe. Als man ihm den Hut abnahm, legte er ihn wieder auf und gab dem Wachhabenden zwei Schläge gegen den Kopf, daß ihm der Helm vom Kopfe flog. Der Angeklagte hatte sich mit zwei Verteidigern bewaffnet, die alles mögliche anboten, um die Papiere als harmlos erweisen zu lassen. Den Hut hat er mit desfalls auf dem Kopfe behalten, weil es nicht sein ist, die Kopfbedeckung auf dem Tisch zu legen. Str. wurde zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Zwei bezichtigende Urteile hat auch das Schöffengericht Erlangen in einer Sitzung zusammengefaßt. Bei einer Kommissionsverhandlung hatten zwei Studenten eine in Begleitung ihres Verleibten erschienene Dame fortwährend fixiert und, als sie einmal hinterzugehen, darauf und unerschrocken bestanden. Als der hauptgeklagte Student, ein Kaufmann, sah das verbot, ihm es zu einer Kommissur; ein Gerichtsbeamter, der jedoch und der die Studenten als zur Gegenpartei gehörig betrachtete, wurde daran verhindert, daß er acht Tage in der Kasse sitzen mußte. Für die Kommissur erhielten die bezichtigten Studenten 20 Mark und 20 Mark Geldstrafe, die sie mit bezichtigten Mägen werden, weil es die Herren Vater dazu haben. In diesem Fall wurde gegen einen Arbeiter verurteilt, der rechts auf der Straße einen Studenten einige Schläge verübt hatte. Er bekam zwei Monate Gefängnis!

### Die Schwurgerichtssitzung im Kino.

Vor dem Schwurgericht Essen wurde gegen den 20 Jahre alten Schwärter Kuppert verhandelt, der im Oktober vorigen Jahres das fünfjährige Söhnchen Edmund seines damaligen Dienstherrn, des Landwirts Grosse-Gegebrecht in Borbeck, durch drei Messerstiche ermordet hat. Der Vorsitzende hatte angeordnet, daß im Kino zwei Stühle, die der Angeklagte an den Tagen unmittelbar, bevor die Bluttat beging, dort gesehen hatte, vor dem Gerichtshof im Beisein des Angeklagten vorgeführt würden, um den Geschworenen Gelegenheit zur Erwägung der Frage zu geben, ob der Angeklagte die Tat mit Ueberlegung ausgeführt hat oder nicht, und inwieweit möglicherweise die Vorführungen in dem Kino auf ihn eingewirkt haben könnten. Die beiden Stühle, um die es sich handelt, sind blutrünstiger Natur. Es kommen zahlreiche Messerstiche und Schiebereien darin vor. Im Verlaufe der Beweisaufnahme war festgestellt worden, daß der Angeklagte, über den sonst nichts Nachteiliges befunden wurde und von dem verschiedene Zeugen, darunter auch der Vater des ermordeten Knaben, sagten, daß er ein williger und arbeitsamer Mensch gewesen sei, seinen Lohn hauptsächlich für den Besuch von Kinos verbraucht hat. Den Mord selbst hat Kuppert, der der Kinovorstellung teilnahmslos beiwohnte, am Nachmittag des 17. Oktober mit einem feststehenden Jagdmesser verübt, das ihm sein Dienstherr zum Ankeulkrüschneiden gegeben hatte. Er hatte den Knaben, mit dem er sehr häufig gespielt hatte, auf den Heuboden genommen und ihn dort erstochen. Die Leiche hat er unter einem Strohhaufen verborgen und sich dann von dem Hofe entfernt. Er wurde aber noch an dem gleichen Abend in Essen im Hof für Obdachlose festgenommen und legte sofort ein Geständnis ab. Ueber die Gründe, die ihn zu der furchtbaren Tat führten, befragt, erklärte er im Verlaufe der Verhandlungen wiederholt weinend, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei. Kuppert wurde zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

### Material für die Reichsverbandliste.

Das Landgericht München I verurteilte den ehemaligen Oberleutnant Johannes Nagel aus Germesheim, der als Rechnungsführer des bayerischen Vereins vom Roten Kreuz in den letzten zwölf Jahren 80.000 Mk. veruntreute und die Bücher und Belege fälschte, zu vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

## Aus Nah und Fern.

### Großfeuer in Halle.

In einem Anbau des Rathauses in Montag früh vier Uhr Feuer ausgebrochen, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete und erst in den Nachmittagsstunden gelöscht werden konnte. Die Löscharbeiten wurden durch den starken Wind sehr erschwert. Der große Bau, in dem das Feuer ausgebrochen war, wurde vollständig vernichtet; Zeichnungen, Modelle und Utensilien, die teilweise sehr wertvoll waren, wurden zerstört. Die alte Halleische Universität wurde durch die Bemühungen der Feuerwehr gerettet.

### Um die Freiheit.

Einer der schwersten Berliner Ein- und Ausbrecher, Godder, der in einer Kasse unter Verhaftung wurde, sprang aus dem Fenster der Wache aus dem ersten Stock herab, blieb aber mit einem schweren Schädelbruch liegen und mußte, schwer verletzt, nach der Charitee gebracht werden.

### Flieger-Unfälle.

Die „Rheinische Zeitung“ meldet aus Aachen: Gestern nachmittags stürzte der 24jährige Flieger Hüll, der in Johannisthal sein Pilotenzugung erworben hat, auf dem hiesigen Flugplatz Brandermiese bei einem Probeflug aus zehn Meter Höhe ab und erlitt einen Schädelbruch; er war sofort tot. Der Unfall wurde dadurch hervorgerufen, daß Hüll am Ende des Flugplatzes Telegraphenmasten anzuweisen wollte. Er riss den Apparat hoch und stürzte dabei von seinem Sitz. Der Apparat wurde erheblich beschädigt. — Der argentinische Flieger Enrique stürzte bei Villa Lujan aus zwanzig Meter Höhe ab und war sofort tot.

### Schreckensstat einer Schwermütigen.

In Dordrecht hat gestern eine Frau in einem Unfall von Schwermut auf schreckliche Weise Selbstmord begangen. Dort überzog die Witwe des Fabrikanten Buckerth ihre Kleider mit Petroleum und zündete sie dann an. Ehe ihr Hilfe gebracht werden konnte, erlag sie den Brandwunden.

### Unfällefall auf der Bühne.

Von einem eigenartigen Unfall wurde in dem württembergischen Städtchen Schwäbisch Gmünd ein Schauspieler des Augsburger Volkstheaters betroffen. Bei der Aufführung eines oberbayerischen Volksstückes mußte bei offener Szene ein Gewehrschuß abgegeben werden. Dabei wurde der Schauspieler Schalk von dem Papiertröpfchen der Patrone so schwer verletzt, daß man den Verunglückten kaum am Leben zu erhalten hofft.

### Verweilungsstat einer betrogenen Frau.

Mit Mord und Selbstmord endete im Palasthotel in Brüssel eine Familiensagde, die nach Berlin hinüber spielt. Die Gattin des belgischen Journalisten Strepters hat im Hotel ihre elfjährige Tochter und dann sich erschossen. Das Ehepaar weilt vor nicht langer Zeit in Berlin, wo Herr Strepters die Bekanntschaft einer anderen Dame machte. Es kam darauf zwischen den Ehegatten zum Bruch, und Frau Strepters, aller Griffenmittel bar, verkaufte ihre letzten Juwelen und mietete sich im Palasthotel ein Zimmer. Bevor sie ihre Tat ausführte, ordnete sie in einem Briefe genau an, wieviel Trinkgelder allen Bediensteten des Hotels übermitteln werden sollten. Gestern früh fand man sie und ihre Tochter erschossen im Zimmer auf.

### Katastrophe auf der Neuhorster Hochbahn.

Ein schweres Unglück hat sich, wie schon kurz berichtet, unweit der dritten Avenue auf der Neuhorster Hochbahn ereignet. Dort riefen zweizüge aufeinander, wobei durch den entweichenden Kurzschluss mehrere Wagen in Brand gerieten. Circa 20 Passagiere wurden hierbei schwer verletzt. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und brachte die erste Hilfe. Die Passagiere legten sich in wilder Aufregung an den Pfeilern der Hochbahn hinunter. Die Retter hatten Mühe, die in wilder Panik flüchtenden Frauen und Kinder vor weiterem Unheil zu bewahren. Eine Frau wurde wahnsinnig, zwei andere Personen konnten nur noch als verkohlte Leichen aus dem brennenden Wagen herausgehoben werden.

### Kleine Chronik.

Sonntag früh wollte der Chauffeur Specht in der Rastenburg Straße in Berlin Benzin in seinen Wagen einfüllen. Hierbei fand eine Explosion statt, die das Auto in Brand setzte. Specht, der von der brennenden Glühbirne überschüttet wurde, ließ hilflos durch die Rastenburg Straße. Geistesgegenwärtig warfen den Unglücklichen zu Boden und suchten das Feuer durch Aufwerfen ihrer Ueberzieher zu erlösen. Der vor Angst und Schmerzen kopflöse Mann sprang wieder auf und lief bis an die Ecke der Greifswalderstraße weiter, wo er bewußtlos zusammenbrach; er wurde dann in das Krankenhaus gebracht, wo er in bedauerlichem Zustande darniederliegt. — Die in Berlin in der Straßburgerstraße 5 wohnende Rentnermutter Louise Malwsky hatte den in ihrem Zimmer stehenden Kachelofen mit Steinböcken so hart geschüttelt, daß er auseinanderbrach. Die Frau wurde von den unterliegenden Kachelsteinen am Hinterkopfe getroffen. Sie ist ihren Verletzungen

in der letzten Nacht erlegen. — Eine etwa dreißigjährige gut gekleidete Dame nahm in Schönberg ein Automobil und gab dem Chauffeur ein bestimmtes Ziel an. Auf dem Berliner Platz hörte der Chauffeur plötzlich einen dumpfen Knall in seinem Auto. Als er nachsah, fand er die Frau tot vor. Sie hatte sich eine Kugel in den Kopf gefügt. — Beim Rodeln im Grünwald verunglückte gestern nachmittag die etwa 30jährige Offizierswitwe T. Sie unternahm mit einigen Knaben eine Rodelpartie, verlor die Gewalt über den Schlitten und fuhr mit voller Gewalt gegen einen Baum. Sie erlitt schwere Verletzungen am Kopfe und wurde blutüberströmt mittelst Tragbahre in ihre Wohnung gebracht. — Im Egmontschacht der Schlesienschen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg verunglückte bei der Einfahrt durch zu schnelles Ausfahren eines Förderkorbes einige Bergleute. Drei wurden schwer verletzt in das Waldburgische Knappschaftslazarett übergeführt. — Auf den von Düsseldorf nach Benrath ausgefahrenen Personenzug ist bei einer Unterführung eine Lokomotive von hinten aufgefahrene. Dabei sind drei Reisende leicht verletzt worden; drei Wagen wurden beschädigt. Die eingetretene Betriebsstörung wurde alsbald behoben. — Nach einem Telegramm aus Wiesburg am Mississippi schätzt man, daß tausend Quadratmeilen Sumpf und Pflanzungen durch die Fluten, die durch den eingebrochenen Schuhamm am Illinois Ufer des Mississippi hundert Meilen nördlich Wiesburg strömen, überschwemmt werden. Die Saatbestände werden durch die Fluten zerstört. Hunderte Familien sind nach höher gelegenen Plätzen geflüchtet. Der Bruch ist zweihundert Fuß breit und wächst langsam. Andere Brüche werden befürchtet. Todesfälle werden nicht gemeldet.

## Standesamtliche Nachrichten

vom 19. bis 25. Januar 1913.

### Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

14. Januar. Kaufmann F. J. A. Wilde, 15. Wandarbeiter W. F. C. Hinrichsen, 17. Arbeiter D. J. M. Kohde, Maler E. L. J. F. Levisch, 18. Kaufmann S. M. S. Krellenborg, Maurer E. M. S. Wabstee, 20. Kaufmann S. F. C. Otto, 21. Straßenbahnschaffner R. J. F. Waschen, 22. Straßenbahnschaffner W. K. J. Wiese (Zwillinge), 23. Arbeiter R. J. F. Lantau, Schöndörcken, Arbeiter S. C. Groth, 24. Glasmeister F. J. S. Boohse, 25. Mieter W. S. T. Warneke.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

13. Januar. Arbeiter S. J. S. Niek, 14. Buchhändler O. H. Weber, Lehrer F. C. H. Klöcking, 16. Bureauhilfe S. M. Spielhagen, 18. Arbeiter C. E. S. Stoltenberg, Schmierer J. A. Eström, 19. Werkmeister R. L. F. Weid, Tischlermeister W. F. A. Kulp, 20. Arbeiter F. C. S. Bumann, Bureauvorsteher S. D. T. Martens, Kaufmann J. Dittmer, 21. Straßenreiner J. S. F. Peters, 22. Schlosser J. D. B. Stallbaum, 23. Straßenreiner W. J. S. Järschow, 24. Maschinenkloster A. Goldmann, Schmied L. S. Oldenburg.

### Angerobene Aufgebote.

20. Januar. Zimmergeselle M. Kairies und M. M. C. Rambau, Bankvorstandsmitglied J. R. S. Pottliß und K. Chr. W. Haemann in Strecknith, Handlungshilfe S. S. O. Bummeister und M. M. D. Hardop, Arbeiter S. E. M. K. Rogemann und die Witwe L. D. M. S. Haack geb. Esch, 21. Arbeiter Chr. M. C. Prahl und S. D. M. Speckmann, Schuhmann G. F. W. Wille und D. S. C. Chr. Albrecht in Hagenow, 22. Kellner R. M. H. Reiber und A. D. J. Krüger, Arbeiter J. A. Sattorf und M. C. M. Wilken, Kellner B. Zembold und M. J. M. H. Petersen, Arbeiter M. J. L. Krüger und die geschiedene J. F. D. Johannien geb. Ahrens, Schiffszimmermann L. S. D. Kröger und S. M. A. Pauls, 23. Kaufmann J. K. S. Fischer und A. C. F. Jahnke in Schwerin, Lagerarbeiter J. Chr. J. W. Platthoff und M. M. M. Brandt, Tischlergeselle R. M. F. Hamel und K. M. Neumann, 24. Maschinist J. A. W. Schiering und die Witwe M. D. S. Esch geb. Delfstampt, Versicherungskorrespondent Dr. jur. J. Thiesjen in Berlin und S. K. D. Stooß, 25. Arbeiter C. S. F. Elfert und A. S. S. Schulz, Arbeiter J. Looerenz und A. F. Koloff, beide in Bülter.

### Geschickungen.

21. Januar. Dekorationsmaler W. J. S. Schütt und M. L. Schacht, 22. Kaufmann C. S. K. Dieltel und O. M. A. Gaeleler, 24. Lehrer J. F. F. Otto und B. Chr. S. Stöver, Straßenbahnwagenführer J. S. Strepe und S. F. M. Könpage, Kaufmann S. C. W. S. Grampy in Schwartau und C. M. K. S. Baader, Geschäftsführer W. A. C. Weud und C. M. A. Besserfort, 25. Arbeiter W. S. J. Bart und A. S. J. Vahr, Kaufmann J. S. L. Soethe in Jzehoe und M. K. S. G. Nemus, Postbote Chr. S. H. Lüders und C. M. L. Jehnke, Löffergeselle R. J. K. Buul und A. S. M. Janßen, Arbeiter J. S. Chr. Dajlmann und C. M. Möller, Müllergeselle R. D. W. Schütt und J. M. D. Hoffmann, Arbeiter J. K. F. J. Janßen und J. K. R. Griefe, Schlossergeselle S. C. W. Lembock und S. K. S. C. Schulz, Fabrikant J. C. W. Lühmann und M. F. Ebert in Obermensing.

### Sterbefälle.

17. Januar. J. M. J. geb. Anders, Ehefrau des Kellners M. C. D. Lehmann, 23 J. 18. F. L. M. geb. Grambow, Witwe des Schneiders Ch. S. F. Brüggmann, 80 J. S. F. A. Böttger, 11 J. Arbeiter F. S. Ch. Welemann genannt Wiser, 71 J. S. D. Wulff, 5 J. Ein Mädchen, 24 J. S. D. W. Schmitt, J. A. Eström, C. B. M. Froh, 2 J. (Wade-Blage), 19. C. A. A. Fröh, 1 J. Klempner J. C. F. Braun, 49 J. Arbeiter J. K. Köditz, 48 J. Choränger J. Maffy, 51 J. 20. Ch. W. geb. Käljan, Witwe des Schmiedes S. J. S. Ob. Meyn, 79 J. Vorträtinater C. S. Tesdorn, 47 J. Privatmann J. C. D. Schwarz, 85 J. E. L. geb. Schnell, Witwe des Arbeiters A. Ollrogge, 72 J. Schiffszimmermann J. M. Wojahn, 62 J. Metalldreher R. L. H. Cordes, 53 J. 21. D. A. A. Brockmüller, 5 J. Kaufmannslehrling R. K. W. Burmeister, 17 J. S. F. Kömer, 3 J. (Vorwerk), Kaufmann S. C. A. Martens, 25 J. M. C. A. geb. Blog, Witwe des Tischlers C. S. F. Schröder, 78 J. 22. Arbeiter S. M. Möller, 79 J. S. D. A. S. Heine, 10 J. Arbeiter J. A. F. Gösch, 22 J. M. F. S. geb. Jette, Ehefrau des Lohnknechts S. Ch. F. S. Wogner, 66 J. 23. M. L. J. geb. Kropf, Witwe des Arbeiters J. Sperlalt, 65 J. M. C. geb. Krahf, Ehefrau des Löfflermeisters F. J. S. Hart, 54 J. Seemann A. S. D. Möller, 71 J. C. S. H. geb. Kobrah, verwitwete Dohse, Ehefrau des Arbeiters J. L. Rogin, 67 J. C. Ch. S. geb. Scharfenberg, Ehefrau des Arbeiters S. W. Ch. Berner, 64 J. 24. C. S. H. geb. Schnoor, Witwe des Friseurs S. S. A. Burmeister, 23 J. S. F. J. Wische, 12 J. S. M. J. Johannsen, 74 J. A. C. S. Baum, 25 J. 25. A. C. S. Schlegel, 5 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steffing. Verleger: J. S. Schwartz, Druck: F. Eder, Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.